

WER MITGLIED DES GRENZFRIEDENSBUNDES  
WERDEN MÖCHTE

wende sich an die Geschäftsstelle  
225 Husum, Theodor-Storm-Straße 9

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1973

wird erbeten auf das Konto Nr. 13 862  
bei der Sparkasse Nordfriesland, 225 Husum  
oder auf das Konto 114 07 beim Postscheckamt Hamburg

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Ernst Beier</i>	
Noch einmal: Versuch einer Standortbestimmung.....	64
<i>Artur Thomsen</i>	
Flensburg — heute und morgen .....	70
<i>Paul Koopmann</i>	
Ausstrahlungen des Grenzlandes.....	76
<i>Horst Jacobsen</i>	
Unsere Aufgabe heute.....	83
<i>Gerhard Beier</i>	
Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? (II).....	89
<i>Johs-H. Meyer</i>	
Zweihundert Jahre Christiansfeld .....	99
<i>Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung</i>	
„Flensburg in Geschichte und Gegenwart“ .....	107
Umschau ab Seite 114	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion: Ernst Beier, 238 Flensburg, Waldstraße 40.*  
Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9.  
Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Flensburg.

# GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

## NATION

*Unter einer „Nation“ ist zu verschiedenen Zeiten Verschiedenes verstanden worden. An mittelalterlichen Universitäten war „Nation“ bei Studenten ein landsmannschaftlicher Begriff, der sich auf objektive Merkmale einer durch Geburt begründeten Verwandtschaft stützte. Etwas abgewandelt sprach Luther vom „Christlichen Adel deutscher Nation“ — einem Adel, der damals fast allein politisch führte und „europäisch“ kommunizierte. Einiges von dem ist in unserem heutigen, umfassenderen Begriff der „Kulturnation“ erhalten geblieben. Aber was wir heute politisch unter Nation verstehen, eine Willensgemeinschaft von Staatsbürgern oft sehr unterschiedlicher Provenienz, ist eine Frucht der Französischen Revolution. Seitdem der Begriff nicht mehr objektiv, sondern subjektiv ausgefüllt wird, ist es möglich, als „Nation“ erneut abwandelnd und dem weiter werdenden Horizont der Menschheit folgend — auch immer größere, sich föderal organisierende Gruppen zu bezeichnen.*

ALARD VON SCHACK in „Die Zeit“ vom 27. 10. 1972

*Aber was eigentlich gehört denn zum Begriff der Nation? Doch nicht nur das Bewußtsein der gemeinsamen Herkunft, des miteinander Erlebten und Erlittenen, sondern auch die Gemeinsamkeit des Handelns und Gestaltens in der Gegenwart. Zum Gefühl, in einer Gemeinschaft zu leben, gehört schließlich das Bewußtsein der nationalen Identität ... Noch ist die Nation die Einheit, welche Entscheidungen trifft, aber im Zeitalter des Regionalismus, der Souveränitätsverzichte und supernationaler Institutionen wird sich dies ändern. Viele lebenswichtige Belange — Umweltfragen, Währungsprobleme — können schon nicht mehr im Rahmen*

*der Nationalstaaten gelöst werden.*

MARION GRÄFIN DÖNHOF in „Die Zeit“ vom 10.11.1972

*Die Zeit des Nationalismus, des engherzigen Völkerhasses in Europa geht ihrem Ende entgegen. Der Streit um Grenzen wird vielleicht bald der Geschichte angehören. Wenn die europäischen Völker leben wollen, dann dürfen sie sich nicht weiter gegenseitig anfeinden, sie müssen sich um gemeinsame Aufgaben sammeln. Man hat uns so oft gesagt: Intet lært og intet glemt. Soviel haben wir aber doch gelernt? Wir müssen über die eigenen nationalen Belange hinausblicken können, wir müssen die Aufgaben begreifen, die uns heute als Europäern gestellt sind.*

DETHLEF LASSEN 1949 (zitiert im „Nordschleswiger“ aus Anlaß des Deutschen Tages 1972)

*Die Menschheit muß lernen, nicht in den Begriffen der Nationalität, sondern in der Humanität, der Menschlichkeit, zu leben und zu denken.*

BERT V. A. ROHLING in „Krieg oder Frieden“, Verlag Piper 1970

## Noch einmal: Versuch einer Standortbestimmung

Die Mitgliederversammlung 1973 des Grenzfriedensbundes am 12. Mai im Handwerkerhaus in Husum gab Gelegenheit, den Versuch einer Standortbestimmung für die Grenzfriedenshefte, wie er zum Abschluß des 20. Jahrganges in Heft 4/1972 unternommen worden ist, in einigen Punkten zu ergänzen und zu präzisieren. Wir kommen hiermit dem Wunsche nach, das dort Gesagte als Ergänzung zu dem im achtzigsten Hefte zu findenden „Briefe“ nachstehend zu bringen.

Im Grenzfriedensheft 4/1972, dem achtzigsten und abschließenden des zwanzigsten Jahrganges, habe ich in der Form eines Briefes eine redaktionelle Bilanz für die Hefte zu ziehen versucht und den Versuch einer Standortbestimmung unternommen. Es heißt dort einleitend, daß es mir bei dieser Betrachtung „um den Standort, den gesellschaftlichen und den geistigen, geht, von dem aus wir die Hefte zu gestalten uns bemüht haben, und welche Forderungen unter den Voraussetzungen des Jetzt und Heute an uns, d. h. die Grenzfriedenshefte, gestellt werden“. Die dort gezogene Bilanz und Standortbestimmung unterstreicht durch die Form des Briefes und des Zwiegespräches den subjektiven Charakter dieser Aussage, sie ist mithin keine offizielle Stellungnahme der Redaktion bzw. des Herausgebers, sondern ein Deutungsversuch der bisherigen redaktionellen Bemühungen und Aktivitäten und ein Beitrag zu einer laufenden und immerwährenden Diskussion um die Gestaltung der Hefte.

Ich knüpfe hier an das in diesem fiktiven Briefe und Gespräch Gesagte an, um einiges, was dort nur anklingt und im Nachhinein ein wenig vage erscheint, zu präzisieren und zu verdeutlichen. Wenn ich die Subjektivität dieses Versuchs betont habe, so heißt das natürlich nicht, damit einfach ins Blaue hinein gedacht zu haben, ohne Beachtung der Fakten. Es heißt nur, daß hier nichts abgesprochen und beschlossen worden ist, sondern die Auffassung eines einzelnen dargelegt wird, der bemüht ist, sich über sein eigenes Tun Rechenschaft abzulegen. Wobei darauf hingewiesen werden muß, daß die Gestalt der Grenzfriedenshefte nicht das Werk dieses einzelnen und am grünen Tisch entstanden, sondern das Ergebnis eines dauernden Dialoges zwischen ihren beiden Redakteuren — zugleich den beiden Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes — ist, die damit zwanglos die Auffassungen und Traditionen des Bundes in ihre Redaktionsüberlegungen mit eingebracht und so von ihrer Person her schon in

etwa die geistige Bandbreite der Grenzfriedenshefte abgesteckt haben. Da ist also zunächst einmal unser Vorsitzender Dr. Johannsen, der — wenn ich es richtig sehe — liberalbürgerlich gesinnte Bauernsohn und Heimdeutsche, „in den nationalen Anschauungen eines einheimischen nordschleswigschen Kulturdeutschtums wurzelnd, mit einem Faible für das Schleswigsche und die kulturelle Zweiströmigkeit in diesem Landstrich“, der in Flensburg das Gymnasium besuchte und dort später Bibliotheksdirektor wurde; da ist im Gegensatz zu ihm der Flensburger Arbeiterjunge, der in der Schloßstraße die Schulbank drückte, das Gewerkschaftshaus, nur wenige Schritte davon, in einem Gespräch einmal zur Verwunderung der Beteiligten als seine gesellschaftliche und geistige Heimat bezeichnete und ein Gutteil seiner geistigen Kost — aber nicht alle — aus eben jener Bücherei bezogen hat, deren Leiter sein jetziger Mitredakteur wegen Erreichung der Altersgrenze nun bald gewesen sein wird.

Das sind zwei Menschen von ganz verschiedener Herkunft und geistigem Habitus, die sich im Grenzfriedensbund zu gemeinsamem Tun an einer gemeinsamen Sache fanden, die das besondere Grenzland-Schicksal ihrer schleswigschen Heimat ganz verschieden erlebt und durchlebt haben und dabei doch zu gleichen oder zumindest ähnlichen Einsichten über das nationale Neben- und Miteinander in diesem denkwürdigen und merkwürdigen Landstrich gekommen sind: der eine als Bürgerlicher und Minderheitendeutscher in Nordschleswig, der andere als „Sozi“ und Angehöriger der deutschen Mehrheit in Südschleswig. Was zwischen diesen beiden Polen im Nationalen beschlossen liegt, bestimmt zu einem guten Teil die geistige Spannweite der Grenzfriedenshefte und grenzt sie gleichzeitig ein. Und damit ist von den Redakteuren und vom Menschlichen her schon sehr viel zu diesem Versuch einer Standortbestimmung gesagt. Aber ich möchte es dabei nicht bewenden lassen, sondern ein wenig „grundsätzlich“ werden.

Dr. Johannsen hat mir gegenüber einmal kritisch angemerkt, daß die Sozialisten ja ganz nette Leute seien, aber ihr Hang zum Theoretisieren nicht gerade so sehr seinen Beifall finde, weil es am Tatentun hindere. Es sei trotzdem drum. Ich möchte meine Betrachtungen aufteilen: Was für die Grenzfriedenshefte sich an ihrem Beginn an Entwicklungsmöglichkeiten angeboten hat, was unter den gegebenen Voraussetzungen aus ihnen geworden ist und in welche Richtung die vor uns liegenden Aufgaben weisen.

### *Die am Anfang gegebenen Möglichkeiten*

Man kann eine Zeitschrift nicht im Luftleeren ansiedeln. Sie bedarf eines gesellschaftlichen Raumes und eines geistigen, heute würde man sagen ideologischen Bezugssystems, in dem sie agieren will und kann. Versuchen wir also, beides näher zu umreißen:

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind

ihrer Erscheinungsweise nach eine reine Mitgliederzeitschrift und kein Erzeugnis des freien Marktes. Der erste und der zweite Vorsitzende sind gleichzeitig und gemeinsam ihre Redakteure, wobei im ersten Jahrzehnt die Federführung bei dem einen und danach bei dem anderen lag. Sie sind, so wie sie nun vor uns liegen, das Ergebnis der Zusammenarbeit dieser beiden, das Ergebnis eines dauernden Dialoges um das rechte Gesicht der Hefte.

Es wäre durchaus nicht abwegig gewesen, sie als reine Mitgliederzeitschrift, als ein Vereinsblatt, wie es so viele in unseren Landen gibt, zu betrachten und zu führen. Aber schon Detlef Hansen, der ja die Grenzfriedens**briefe** als Vorläufer der Hefte herausgegeben hat und redaktionell gestaltete, hat mit den Briefen und später den Heften etwas anderes und mehr im Sinne gehabt. Seine bedeutsamen eigenen Beiträge in den Heften zeigen deutlich, daß er sich nicht mit einem „Vereinsblatt“ im üblichen Sinne begnügen wollte, sondern daß sie für ihn offensichtlich „ein Mittel zur Kommunikation des Vorsitzenden mit den Mitgliedern, zur Klärung des — umstrittenen — nationalen Standortes der Deutschen im menschlich aufgewühlten Schleswig und zur geistigen Profilierung des noch jungen Grenzfriedensbundes“ waren, wobei ihm — seiner Herkunft und geistigen Verwurzelung entsprechend — die allgemeine Problematik des Grenzdeutschtums wahrscheinlich näher lag und mehr auf den Nägeln brannte als die besondere derjenigen, denen der Grenzfriedensbund sein Entstehen verdankte und denen er sich besonders verpflichtet fühlte: der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft in Schleswig mit der zu dieser Zeit noch auf ihr lastenden politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Hypothek des nationalen Zerstrittenseins nach 1945. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Dr. Kurt Schumacher in Husum 1946 die berühmte Rede gehalten hat, die die nationale Spaltung der Sozialdemokratie in Schleswig für alle offenkundig machte, und daß Hermann Clausen, der spätere SSW-Bundestagsabgeordnete, und Dr. Richard Schenck „alte Genossen“ aus der Zeit vor 1933 waren. Und noch eines sei hier zur Verdeutlichung angemerkt: Welche verhängnisvolle psychologische Rolle bei dem Wiederaufleben der nationalen Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Dänen nach 1945 die Nachwirkungen des Wortes Wilhelms II. von den „vaterlandslosen Gesellen“ und die Abstempelung der politischen Linken zum „Volksfeind Nr. 1“ durch die Nationalsozialisten gespielt hat.

Es wäre also durchaus nicht abwegig gewesen und hätte einen Sinn gehabt, die Grenzfriedenshefte ganz auf diese Problematik abzustellen und redaktionell zu führen — denn hinter diesem Konflikt um das Deutsch- oder Dänischseinwollen nach 1945 verbirgt sich jener große um das Verhältnis zur Nation und zum Staat, wie er heftig und ausdauernd im jetzigen Bundestag um die deutsche Einheit geführt worden ist und noch wird, um die Frage: Wie hältst Du Deutscher, Du deutscher Arbeiter, Du deutscher Sozialist es mit *der*, mit *Deiner* Nation, mit

*Deinem* Staat, nur daß diese Debatte heute eben in ganz anderen Dimensionen geführt wird und uns auf den Nägeln brennt — die bei uns in Schleswig inzwischen abgeklungen und nicht mehr aktuell ist und noch dazu nur ein letzter Nachklang der Kämpfe und des Streites um die Ausdehnung und die Grenze des dahingegangenen Deutschen Reiches war und um seine Erhaltung und Gestaltung nach 1945.

Und noch eine Möglichkeit wäre — um es so salopp auszudrücken — zum Beginn der Hefte „drin“ gewesen: die Entwicklung zu einer deutschen, regional schleswig-holsteinisch akzentuierten Kulturzeitschrift als Gegengewicht gegen die von Frede Nielsen als Ersatz für die Grenzrevisionsforderungen der dänischen Südschleswiger angeregte und propagierte dänische Kulturoffensive nach Südschleswig hinein. Ansätze zu dem bisher Dargelegten lassen sich in zwanzig Jahrgängen der Hefte durchaus finden. Kommen wir aber zu dem, wie sie sich entwickelt haben und was sie geworden sind: einem Spiegel der vielfältigen und verästelten nationalen Strömungen und Motivationen diesseits und jenseits der Grenze, unter Deutschen und Dänen, den nationalen Mehrheiten wie den Minderheiten, der Entwicklung zu einem Forum, sich dem national Andersgesinnten mitzuteilen und verständlich zu machen.

#### *Was die Grenzfriedenshefte geworden sind*

Zu dieser Entwicklung hat Dr. Johannsen zweifellos Entscheidendes beigetragen. Von ganz ähnlichen gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen wie Detlef Hansen her ging das Streben Dr. Johannsens doch in eine andere Richtung. Für ihn waren und sind die Grenzfriedenshefte weniger ein Ort und eine Möglichkeit der eigenen Neuorientierung und nationalen Standortbestimmung für die national verunsicherten Deutschen. Die Neuorientierung und Standortbestimmung war ja mit der Wiederbelebung, Neuformulierung und Erweiterung der liberalen Minderheitenregelungen der zwanziger Jahre durch die „Kieler Erklärung“ und die späteren von Bonn-Kopenhagen gegeben und festgelegt. Von dieser Basis aus, als von beiden Seiten akzeptiert, galt es für Dr. Johannsen — so meine ich — als Nachbarn zunächst wieder miteinander ins Gespräch zu kommen, und beide Seiten — das muß betont werden, Deutsche und Dänen — dafür zu gewinnen, wenigstens wieder miteinander zu reden, sich gegenseitig anzuhören. Dem sollten nach seiner Meinung neben anderem „auch die Grenzfriedenshefte dienen, indem sie geistig Raum geben, ein Forum sein sollten für die bunte Skala der in Schleswig mit dem Nationalen verbundenen Anschauungen und Strebungen, ein Spiegel des spannungsreichen und darum gerade so interessanten Lebens zwischen Königsau und Eider“.

Das aus dem nordschleswigschen Heimatgefühl gespeiste Bedürfnis nach guter Nachbarschaft auch bei verschiedener nationaler Gesinnung begegnete sich im

Grenzfriedensbund mit dem über das Nationale hinausgehenden Solidaritätsbewußtsein der Sozialdemokratie, dem Bewußtsein der Verbundenheit auch über Grenzen hinweg, das für das gute deutsch-dänische Verhältnis so sehr bedeutsam gewesen und noch ist — trotz der Belastungen, denen es ausgesetzt war.

So hat Dr. Johannsen seine Aufgabe — und das gilt auch für die Hefte — vor allem in der Beeinflussung des Atmosphärischen gesehen, im einander Anhören und Geltenlassen, in Begegnung und Gespräch, das respektvolle und friedliche Nebeneinander schon als Gewinn konstatierend gegenüber den Jahren des nationalen Kampfes und absoluter Gegensätzlichkeit. Wer will bestreiten, daß dies schon ein großer Fortschritt ist, daß die Grenzfriedenshefte ihr Teil daran haben und ein Spiegel dieser Entwicklung sind, ja, daß auch heute noch manches zu tun wäre, um Vorbehalte und Ressentiments aus den Jahren des Kampfes abzubauen und aufzuarbeiten.

### *Über die künftige Aufgabe der Hefte*

Geistige Aufarbeitung der Vergangenheit, ist nur das die künftige Aufgabe der Hefte? Sicher eine Aufgabe, soweit die Vergangenheit noch in die Gegenwart hineinreicht und sie belastet. Aber das scheint mir mehr oder weniger nur ein Generationsproblem zu sein.

Für wen spielt z.B. die Köllerzeit noch eine Rolle? Die die nationalen Kämpfe dieser Jahre fochten, sie sind alle gestorben und ihre Probleme mit ihnen. Für wen ist die Abstimmungszeit noch von Bedeutung? Die sie miterlebten, werden zusehends weniger!

Wer von uns kämpft noch die Kämpfe der Jahre nach 1945? Sie sind gewesen, und wir schlagen uns nur noch mit den psychologischen Nachwirkungen dieser Jahre herum.

Heute ist heute! Das Nationale hat hier in Schleswig, von kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, freieste Entfaltungsmöglichkeiten. Der Streit um die Nation und ihre staatliche Abgrenzung ist zwischen Deutschland und Dänemark, ist unter den Schleswigern ausgekämpft, an der Grenze rüttelt im Ernste niemand mehr.

Nicht die gesellschaftliche Entfaltung und Vollendung der Nation, ihre Gestaltwerdung und Verkörperung im autonomen nationalen, sich selbst genügenden Staat ist heute das endgültige Ziel, sondern die europäische, das Nationale relativierende und begrenzende Gemeinschaft weist in die Zukunft. Die Vollendung der Nation wird damit kein absoluter Wert, keine letzte zu erstrebende gesellschaftliche Größe mehr sein.

Die Frage wird lauten, ob ich deutscher Nationalist oder deutscher Europäer, ob ich dänischer Nationalist oder dänischer Europäer sein will, die Frage wird sein, was wir als dänische und deutsche Europäer in Schleswig gemeinsam sein

werden und was unter dieser Voraussetzung das deutsch-dänische Grenzland zwischen Königsau und Eider sein und wie es von den Menschen, die hier leben, gestaltet werden wird.

Mit der Europäischen Gemeinschaft hat sich eine neue geschichtliche Dimension auch für das Nationale im so lange umstrittenen Schleswig aufgetan. Ob sich die Grenzfriedenshefte nicht dieser künftigen Problematik, die eine gemeinsame deutsch-dänische ist, besonders zuwenden sollten, wäre zu bedenken. Ich glaube, hier würde sich auch die Jugend, der das Nationale in vielem suspekt geworden ist, engagieren. Es geht darum, das Nationale nicht zu negieren, sondern es zu relativieren, zu einem selbstverständlichen und unumstrittenen Teil in einer größeren Einheit werden zu lassen, im Sinne des großen französischen Sozialisten und Friedensfreundes Jean Jaures, der von den Nationen einmal als den Saiten an der Lyra der Menschheit gesprochen hat.

Und bei uns in Schleswig könnte es vielleicht einmal so sein, wie ich es in der Wochenschrift „Die Zeit“ über Luxemburg gelesen habe:

*Im übrigen sprechen alle Luxemburger perfekt deutsch und französisch, so perfekt, daß sie, ohne zu zögern, in der Sprache antworten, in der sie angesprochen wurden. Untereinander freilich unterhalten sie sich in einer Mischung aller drei Sprachen, ohne daß ihnen ein spontaner Wechsel überhaupt bewußt wird. Jeder benutzt für seine Mitteilung die Sprache, in der er sich am besten ausdrücken kann.*

Zwei Hochsprachen: deutsch und dänisch, drei Volkssprachen plattdeutsch, friesisch, jütisch, und Flensburg das Luxemburg Schleswigs. — Ein utopischer Gedanke, der nicht gar so fern von den Zukunftsvisionen des dänischen Schleswigers August Willy Linnemann ist.

## Flensburg — heute und morgen

### *Aufgaben und Möglichkeiten einer Stadt*

Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in der Flensburger Volkshochschule mit dem Thema „Flensburg - heute und morgen / Anmerkungen über Aufgaben und Möglichkeiten einer Stadt“ war auch der Stadtpräsident. Ihres allgemeinen Interesses wegen bringen wir nachstehend im Wortlaut die dort von ihm vertretene Meinung zu der besonderen Stellung und den daraus sich ergebenden Aufgaben einer Stadt wie Flensburg.

Die Red.

Das Zusammenleben der Menschen war jahrhundertlang von der Landwirtschaft geprägt. Dörfliche Gemeinschaften, Familie und Nachbarschaft erfüllten die Kommunikationsbedürfnisse der Bewohner. Das mag geistig ein wenig eng gewesen sein; aber die Enge bedeutete auch Nähe, Anteilnahme, Geborgenheit, Sicherheit.

Neue Tätigkeiten und Aufgaben (der Handel, die Geldwirtschaft) brachten die Siedlungsform der Stadt hervor. Die relativ geringe Größe, die räumliche Enge retteten zwar die Nachbarschaftsbeziehungen; aber die Stadt — auch schon die des frühen Mittelalters — war nicht einfach ein vergrößertes Dorf. Es ist kein Zufall, daß unsere Stadt nicht dort ihren ersten Siedlungskern bildete, wo bereits seit Jahrhunderten eine fest gefügte, überwiegend aus Fischerfamilien bestehende Dorfgemeinschaft bestand, nämlich um St. Johannis, sondern am Westufer der Förde, um den heutigen Nordermarkt. Nicht die Kirche, sondern der Markt ist die Zentrale der Stadt. Und wegen ihres Marktes werden die Städte Zentren ihres engeren und weiteren Umlandes. Sie entwickeln ein Angebot wirtschaftlicher und kultureller Art, das sie zu Anziehungspunkten für die weit herum wohnende Bevölkerung macht. Das ist bis heute so geblieben. Zugespitzt kann man formulieren: Aller Fortschritt geht von den Städten aus. Oder: *Modernes* Leben war immer und ist heute noch *urbanes* Leben. Die Probleme der Riesenstädte unserer Zeit, ihr Unmaß an Industrialisierung, Zerstörung der Umwelt, Zersiedelung der Landschaft, Vereinsamung des einzelnen usw., all das berührt Flensburg wenigstens nicht im gleichen Umfang. Es behält hier Maß und Überschaubarkeit. Darin liegt die Chance, daß die Entwicklungstendenzen nie stärker werden als die Kraft und die Fähigkeit, ihre negativen Folgeerscheinungen in Grenzen zu halten. Flensburg wird niemals wie New York oder Tokio sein, auch nicht wie München oder Dortmund; aber es wird immer die Metropole des Landes Schleswig sein. Und das ist eine sehr viel sympathischere Rolle. In der

Bescheidung auf dieses Maß und gleichzeitig in dem Versuch, dieses Maß aber auch ganz auszuschöpfen, liegt gerade der Reiz, in dieser Stadt zu leben und für diese Stadt tätig zu sein.

Ihre Aufgaben und Möglichkeiten ergeben sich aus der geografischen Lage einer Stadt. Lassen Sie mich daher von den geografischen Bedingungen Flensburgs ausgehen. Das Bundesland Schleswig-Holstein hat vier große, kreisfreie Städte; drei (Kiel, Lübeck, Neumünster) liegen im Holsteinischen. Sie sind — bei allem Eigengewicht — nach Süden orientiert. Nur Flensburg liegt im relativ bevölkerungsarmen Landesteil Schleswig; es ist natürlich auch nach Süden, aber ebenso — im Unterschied zu den anderen — nach Norden orientiert. Das ist zwar in den letzten fünfzig Jahren, seitdem die Grenze unmittelbar nördlich der Stadt verläuft, nicht ganz so deutlich geworden, wird aber jetzt, da Dänemark Partner der EG geworden ist, wieder eine wachsende Rolle spielen. Der einprägsame Werbeslogan „Flensburg — Tor zum Norden“ wird viel stärker als bisher konkret-praktische Bedeutung gewinnen. Flensburg wird noch mehr als bisher *im Grenzland*, nicht so sehr *an der Grenze*, das heißt an einer Trennungslinie, liegen. Flensburg ist Heimatstadt auch für den dänisch-orientierten Teil unserer Bevölkerung. Man muß auch als Däne Flensburg als *Heimat* empfinden können. Alles, was dazugehört an Eigenleben, an freier Entfaltungsmöglichkeit, darf nicht nur aus Vernunft oder Toleranz großzügig gewährt werden, sondern muß eine Selbstverständlichkeit sein. Die in die deutsche Mehrheit integrierte dänische Bevölkerung, die Nachbarschaft zu Dänemark, ist ja mehr als nur eine Besonderheit Flensburgs, nämlich eine Bereicherung des Lebens in unserer Stadt. Der bloße Hinweis auf die intensive Begegnung beider Kulturen in Flensburg mag als Beweis für die Richtigkeit dieser These genügen.

Allein aus dieser Lage der Stadt *im Grenzland* ergeben sich daher vielfältige kommunalpolitische Aufgaben, die ständiger Beobachtung und Fortentwicklung bedürfen: das Schulwesen, das Büchereiwesen, das Theaterangebot, das Musikleben wie überhaupt alle Bereiche der Bildung, der Kunst und der Kultur.

Die kommunalpolitischen Aufgaben, die sich aus der Grenzlandlage ergeben, beschränken sich natürlich nicht auf den kulturellen Bereich. Wirtschaftliche Aspekte kommen hinzu. Flensburg könnte, nachdem seit 1920 das nördliche Hinterland zunächst völlig abgeschnitten war, jetzt in der EG-Partnerschaft wieder neue Ausstrahlung nach Norden gewinnen. Das ist um so bedeutsamer, als wir ja 1945 auch unsere Handelsbeziehungen zu den deutschen Ostseehäfen verloren haben und der wirtschaftliche Aufbau nach dem Kriege sich sehr stark auf die großen Ballungsgebiete konzentrierte. Vielleicht liegt eine wirtschaftliche Chance für Flensburg auch in der Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern. Aber konkreter, greifbarer, näher liegt der Vorteil, den wir z.B. von der Autobahn erhoffen dürfen: Die Autobahn bringt den Anschluß an die

Ballungsräume im Süden *und* die Verbindung nach Jütland und damit im Grunde nach ganz Skandinavien. Flensburg als Drehscheibe zwischen Mittel- und Nordeuropa, das ist vielleicht eine Vision, die noch keine hinreichend deutlichen Konturen hat; aber warum sollten nicht z.B. norwegische Betriebe wie bisher dänische mit „einem Bein“ in der EG stehen wollen und dann Flensburg als Standort bevorzugen, eben *weil* es diesen Hauch dänisch-skandinavischer Atmosphäre hat, die sich aus seiner Lage und der Zusammensetzung seiner Bevölkerung ergibt! Das wäre doch eine erfreuliche Entwicklung, die Förderung verdient. Dazu muß die Stadt attraktiv bleiben, ihre natürlichen und ihre in der Vergangenheit geschaffenen Vorzüge erhalten *und* gleichzeitig Vorsorge treffen für ihre Zukunftschancen. D.h. ganz nüchtern: Die Stadt braucht Platz, Gelände für gewerbliche Ansiedlungen, für Wohnungen, für kommunale Einrichtungen, für den Verkehr usw., und sie muß diesen Raum erschließen.

Innerhalb der heutigen Grenzen haben wir diesen Platz nicht. Wir würden an Gebäuden und Verkehrsströmen ersticken, weil die Grünflächen, die zur Schönheit und zur Bewohnbarkeit der Stadt so wesentlich beitragen, fast alle aufgegeben werden müßten, wenn keine Gebietserweiterung erfolgt. Darum sollten wir alle miteinander hoffen, daß die maßvollen Eingemeindungsforderungen, über die sich alle Fraktionen der Ratsversammlung einig sind, demnächst im Landtag erfüllt und nicht noch erheblich zusammengestrichen werden. Die kommunale Selbständigkeit einiger Gemeinden würde dabei verlorengehen; die Lebensinteressen der Bevölkerung aber würden nicht geschädigt. Und was das Argument der Auswucherung der Stadt, der Zersiedelung der Landschaft angeht: Gerade *diese* Gefahr würde *beseitigt*, wenn der vergrößerte Raum unter eine einheitliche Planung gestellt wird.

Sehr weit fortgeschritten ist die Zukunftsplanung der Stadt in der Frage der Errichtung einer Gesamthochschule. Grundsätzliche Zustimmungen und Empfehlungen verschiedener Gremien sind gegeben, das detaillierte Gutachten des Prof. Dr. Geißler ist da und positiv für Flensburg. Die Landesregierung wird es prüfen und — das darf man hoffen — noch im Herbst dieses Jahres den endgültigen Gründungsbeschluß fassen. Gelände steht im Südosten der Stadt — im Raum Sünderup-Adelby — zur Verfügung. Die Nähe zum Stadtkern wird es erlauben, die Universität und die Menschen, die dort tätig sein werden, in die Stadt und in die städtische Bevölkerung zu integrieren. Das ist gegenüber der sogenannten Campus-Universität, die auf der grünen Wiese ein isoliertes Eigendasein führt, ein großer Vorteil, weil die räumliche Nähe und Verflochtenheit gegenseitig Nutzen stiftet und befruchtend wirkt. Flensburg wird im Zuge des Ausbaus der Hochschule einige 10 000 Menschen an Bevölkerungszuwachs haben. Die Attraktivität der Stadt wird erhöht, nicht zuletzt auch für die Gewerbeansiedlung. Junge Menschen aus unserem Landesteil werden, um

weitergesteckte Bildungsziele zu erreichen, nicht mindestens nach Kiel oder Hamburg gehen müssen und häufig dort bleiben, sondern mehr Chancen in ihrer Heimat haben. Schließlich darf man hoffen, daß eine Flensburger Universität das Tor zum Norden noch weiter öffnet, als es so schon offensteht. Die Errichtung der Gesamthochschule Flensburg ist sicher das bedeutendste Vorhaben für die Entwicklung unserer Stadt seit vielen Jahren. Man braucht nur auf die Rolle hinzuweisen, die in Städten wie Göttingen, Heidelberg oder Regensburg die Universität spielt, um das zu verdeutlichen. Aber es wird eine Veränderung sein, die Flensburg gemäß ist, die zu Flensburg paßt, eine Veränderung, die keine Verfremdung ist.

Das bisher Gesagte unterstreicht Flensburgs Bedeutung als Oberzentrum für ein weites Umland. Die Stadt hat Funktionen zu erfüllen, die weit über das hinausgehen, was für die eigene städtische Bevölkerung notwendig ist. Dazu gehören neben dem Angebot in der Bildung, Ausbildung, in der Kultur, neben dem Angebot an Arbeitsplätzen, an Freizeit- und Sportmöglichkeiten, an Unterhaltung auch das Angebot etwa von Einkaufsstätten und die Versorgung mit Krankenhausbetten und überhaupt mit ärztlichen Leistungen. Ohne das alles zu vertiefen, muß erwähnt werden, daß z. B. unser Krankenhauswesen vor einem tiefgreifenden Wandel steht. Der Wandel betrifft nicht nur die Ergänzungs- und Erweiterungsbauten, die in den beiden konfessionellen Häusern z. Z. voranschreiten, auch nicht nur den Neubau eines städtischen Krankenhauses, das in ganz wenigen Jahren mit etwa 375 Betten an der Eckernförder Landstraße stehen wird, sondern vor allem auch die *Kooperation* dieser drei Häuser, die Bildung von Schwerpunkten in jedem einzelnen Haus.

Das scheint so einfach und ist so vernünftig, weil es rationell ist und Geld spart und dennoch die Gesamtversorgung verbessert; denn an *einer* Stelle kann man modernste Einrichtungen schaffen, die an drei Stellen nicht zu finanzieren sind. Aber es erfordert ein Umdenken, und das ist oft sehr schwer. Wenn es dennoch unternommen wird — und das geschieht —, sollten wir mit Interesse verfolgen, was dabei herauskommt, und jede vernünftige Bemühung unterstützen.

Nach diesen kurzen Andeutungen der über die Stadt hinausreichenden Funktionen Flensburgs sind noch zwei Themen zu erörtern, die in erster Linie innerstädtische Bedeutung haben: die Altstadtsanierung und die Verkehrsregelung in der Innenstadt.

Flensburg ist eine 700jährige Stadt. Wir haben eine Bausubstanz, die bis ins Mittelalter zurückreicht; und wir haben Schönes und Häßliches aus allen Jahrhunderten. Wir haben eine Altstadt, die so, wie sie ist, verkümmert und allmählich stirbt. Die Verpflichtung, den vorhandenen Raum sinnvoll zu nutzen, den Bürgern unserer Zeit auch zukünftiger Jahrzehnte einen attraktiven Lebensraum zu schaffen, schließlich die Verpflichtung, wertvolles Kulturgut der

Vergangenheit zu erhalten, zwingen uns, einen Gesundungsprozeß für die Altstadt einzuleiten, sie zu sanieren. Hier wird der Architekt und Stadtplaner zum Künstler und Chirurgen: Das Verdorbene, Kranke ist zu entfernen und das Gesunde, Lebensfähige vor Verfall zu schützen, das Fehlende ist zu ersetzen durch Neues, das mit dem Alten harmoniert. Das Ziel, das nur in Etappen zu erreichen ist, muß sein, den ganzen Raum vom Hafermarkt zum Südermarkt, von da bis zum Nordermarkt und weiter bis zum Nordertor, das heißt die ganze mittelalterliche Stadt

1. genau zu untersuchen, um die wertvollen Baudenkmäler zu markieren,
2. Maßnahmen zu ihrer Erhaltung einzuleiten,
3. Pläne zu entwerfen, wie dieser Raum künftig am besten genutzt werden kann,
4. Lösungsvorschläge für diese Nutzung zu erarbeiten,
5. abzureißen, was unbrauchbar ist, und neu zu bauen, was wieder Leben in dieses Gebiet bringt.

Dabei ist der angestrebte Nutzen nicht nach DM zu messen. Es soll keine bloße Ansammlung von Kaufhäusern und Bürobauten sein, die nur blanke Fassaden haben und nach 18 Uhr menschenleere Straßen hinterlassen. Im Gegenteil: Hier sollen Menschen wieder Lust haben zu wohnen, ältere Leute genauso wie Familien mit Kindern oder Studenten der künftigen Universität. Dazu gehören Läden und Geschäfte, Handwerks- und Gewerbebetriebe, Erholungs- und Freizeiträume, Grünanlagen, ein Schwimmbad vielleicht und andere öffentliche Einrichtungen. Das alles würde sich harmonisieren lassen mit dem erhaltenswürdigen Althausbestand, wenn die notwendigen Neubauten geschickt und behutsam hinzugefügt werden; und es würde pulsierendes städtisches Leben in dieses alte Stadtgebiet bringen, von dem aus sich Flensburg eigentlich erst seit einem Jahrhundert über die Höhen hin ausgedehnt hat. — Unmittelbar dazu gehört dann die Verkehrsregelung in der Innenstadt, wenn sie auch zeitlich vorher in Angriff genommen werden kann. Von der Straßenbahn müssen wir uns verabschieden. Das ist wie mit der Postkutsche oder mit den Pferdefuhrwerken der Brauerei. So blitzmodern und fortschrittlich die Straßenbahn bei ihrer Einführung war, sie steht heute einer sinnvollen Entwicklung im Wege, ganz unabhängig von den ungeheuren Investitionskosten, die eine Fortsetzung ihres Betriebes erfordern würde.

Wir brauchen die autofreie Innenstadt, die Fußgängerzonen, die viele Städte längst haben. Und wenn wir sie nicht auf Anhieb bekommen können, weil die Förde das Stadtgebiet teilt und die Höhen auf beiden Seiten alles ins Zentrum zu schütten scheinen, dann müssen wir in Abschnitten vorgehen, müssen zunächst aufwendige Straßenbauten anpacken, bis wir in einem flüssigen Ringverkehr den Kern der City umgehen können. Aber hier, im Einkaufszentrum, bei den Kaufhäusern, Banken und Behörden, darf der Bürger nicht unaufhörlich belästigt

und bedroht und an die Seite gedrückt werden von dem unablässig rollenden Autoverkehr. Die Zeit, in der dem technischen Fortschritt um jeden Preis gehuldigt wurde, ist vorbei. Jetzt ist die Zeit, in der man sich überall in den Industrieländern besinnt auf die Frage, wieweit die technischen Möglichkeiten dem Menschen schaden oder nützen. Und die hemmungslose Vermehrung des Individualverkehrs schadet den Menschen, besonders den Bürgern im Innenraum einer Stadt. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen. Und das wollen wir, u. a. mit der Neuregelung des innerstädtischen Verkehrs.

Was wirklich entscheidet und darum auch allen Überlegungen der Stadtplanung und Stadtentwicklung zugrunde liegen muß, gilt für die dörflichen Gemeinschaften, die mittelalterlichen Stadtgründungen wie für die Stadt Flensburg — heute und morgen: Eine Stadt ist mehr als eine Ansammlung von Häusern und Menschen; eine Stadt muß ihren Bürgern mehr bieten als einen Arbeitsplatz und eine Wohnung. Zu einer modernen Stadt gehört nicht die *Enge* dörflichen oder kleinstädtischen Lebens, wohl aber die *Nähe* zu anderen Menschen, die Geborgenheit und das Gefühl eines *gesicherten* Lebens. Die Kommunikationsbedürfnisse müssen befriedigt werden. Dazu gehören das Theater und der Sportplatz, die Bücherei und die Schwimmhalle, Senioren- und Jugendtreffs, Umgehungsstraßen und Fußgängerbereiche, Eckkneipen und Ausflugsziele, Einkaufsviertel und Parkanlagen usw. usw.

In unserer Stadt Flensburg wollen wir nicht nur wohnen und eben existieren, sondern *zu Hause* sein. Die Stadt muß also Heimat sein für Deutsche und Dänen, Alte und Junge, Studenten und Soldaten, Briefmarkensammler und Kegler, Musikliebhaber und Handballfans usw, usw. Das ist Qualität des Lebens, das ist Aufgabe der Kommunalpolitik. Das lohnt fast jedes Engagement und verdient — und braucht — die Mithilfe aller.

## Ausstrahlungen des Grenzlandes

In einem Interview mit dem „Nordschleswiger“ zum Jahresbeginn 1973 (siehe dazu Grenzfriedensheft 1/1973) sagte Prof. Troels Fink, der dänische Generalkonsul in Flensburg, u.a.: „Nach meiner Meinung ist es für die deutsche Minderheit höchste Zeit, den Prozeß der Vergangenheitsbewältigung nachzuvollziehen, wie er in der Bundesrepublik von 1955 bis 1965 stattfand. Die deutschen Nordschleswiger sollen dies nicht für uns, sondern für sich selbst tun. Ein Volksteil kann nicht einfach ein Kapitel seiner Geschichte überspringen.“ — In seiner Abschiedsrede aus Anlaß der Übergabe der Leitung der Volkshoch- und Nachschule in Tingleff in jüngere Hände hat nun Dr. Paul Koopmann, ein Repräsentant des einheimischen Deutschtums in Nordschleswig, als ein der von der Auffassung Prof. Finks „Betroffener“ dazu ungewollt und unbeabsichtigt eine sehr persönliche und engagierte Antwort gegeben. Wir freuen uns, diesen Teil seiner Abschiedsrede als einen Beitrag zu einem möglichen deutsch-dänischen Dialog um das schicksalhafte schleswigsche Geschehen eines halben Jahrhunderts in den „Grenzfriedensheften“ veröffentlichen zu können.

Die Red.

Es ist mir an meiner Wiege in Sonderburg nicht gesungen worden, daß ich meine Lebensaufgabe in Tingleff erfüllen sollte. Mein Vater war Pädagoge. Als er 1920 nach Tingleff ging, um von hieraus den Aufbau eines deutschen Schulwesens anzupacken, wurde in mir sehr bald ein ständig wachsendes Interesse an dem Schicksal der Heimat und des deutschen Volkes spürbar. Daß ich Geschichte studieren würde, war darum nur eine Selbstverständlichkeit neben der Pflege musischer und sportlicher Neigungen. Und doch — schon in diesen Jahren begannen Ausstrahlungen des Grenzlandes sich bei mir geltend zu machen, die nur hier möglich sind. Mir war kein normaler Bildungsgang beschieden, Faktoren griffen in meinen Werdegang hinein, die mich dauernd vor neue Situationen stellten: Einschulung in die höhere Schule in Sonderburg, darauf Volksschule in Tingleff, Mittelschule in Tingleff, Oberschüler der Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll, dann Studium in Kiel, Innsbruck, Kopenhagen und Kiel. Hier zeigten sich auch die ersten klaren Entschlüsse des jungen Studenten. Ich beschloß, angeregt durch meinen Lehrer Prof. Otto Scheel, die akademische Laufbahn zu suchen, um am Frieden im Grenzland aktiv und geistig wirksam mitzuarbeiten. Davon zeugt auch meine Dissertation, die sich mit der Entstehung des deutsch-dänischen Zwistes beschäftigt und in der ich zu Ergebnissen kam, die auch heute noch oder erst jetzt beginnen, ihre volle Aktualität zu zeigen. Ich versuchte, den Schleswig-Holsteinischen Gedanken als ein enggefaßtes politisches Gebilde zu begreifen,

um die Bahn für ein freies dänisch-deutsches Gespräch zu öffnen und um die echten Wurzeln des deutsch-dänischen Zerwürfnisses klarzulegen. Diesen Fragen wollte ich in einer Habilitationsschrift nachgehen.

Da kam unerwartet meine Einberufung zum dänischen Militärdienst. Am Tage vorher beerdigte ich meinen Vater. Vierzehn Tage später wurde ich als Rekrut dem dänischen Heereschef, General Wieth, vorgestellt, jenem Mann, der 1920 ein Flugzeug über Düppel kreisen ließ, damit die Rede H. P. Hanssens im Motorenlärm unterging, und der meine Kameraden aufforderte, „einen guten Dänen“ aus mir zu machen. Das war wenige Monate vor Kriegsausbruch, in jener hektisch angeheizten Nazizeit. Sie führte dazu, daß ich in Verbindung mit der „Altmark-Affäre“ im Jössingfjord in Norwegen Mitte März 1940 vor ein Kassationsgericht in Odense gestellt wurde, um wegen eines Herzfehlers für dienstuntauglich erklärt zu werden; aber dies alles geschah nicht, ohne daß ich mit allen guten Wünschen von meiner Kompanie und ihrem Chef und vom Regimentskommandeur verabschiedet wurde. Am Tage nach der Besetzung Dänemarks suchte ich meine im Gefecht gewesenen Kameraden in Seegard auf. — Dann begann im Juni 1940 für mich der Dienst auf der deutschen Seite, weil 2000 Freiwillige von der Volksgruppe gestellt werden sollten. Ich habe den Krieg auf dem Balkan, an der Südfront im Osten und vor allem vor Leningrad—Narwa über Kurland bis nach Berlin mitgemacht. — Meinen Faarhus-Aufenthalt absolvierte ich in einer schon ausgesprochen ruhigen Zeit, von 1947 bis April 1948. Man hatte mich gar nicht mehr haben wollen, weil ich angeblich gefallen sein sollte. — So erlebte ich das Ende meiner Ausbildungszeit, im wahrsten Sinne das Ende einer harten Lehr- und Wanderzeit, die in einer tiefen Existenzkrise endete. Der Krieg hatte meine ganzen Pläne vernichtet.

Als ich im April 1948 endlich wieder frei war, ist es mir mehr als bitter aufgegangen, was es heißt, Grenzlandmensch zu sein. Wohin gehört man? Unfreiwillig war man schuldig geworden. Ich lehne es ab, als Kriegsfreiwilliger bezeichnet zu werden. Warum sollte ich auch? Mich hat keine Begeisterung „freiwillig“ Soldat werden lassen. Die Zerrissenheit, die ich am 9. April durchlebte, als ich als Zivilist meinen dänischen Kameraden half, aus dem Feuerbereich der deutschen Panzerspitze zu gelangen, und als ich nachher in Seegard von ihnen, den Verwundeten und den Toten, Abschied nahm, das hat mir die Brutalität des Krieges schon damals deutlich genug offenbar werden lassen. War ich doch schon fast dreißig Jahre alt! Und doch bin ich hinausgegangen. Warum? Weil uns kein anderer Weg als Deutscher in Nordschleswig praktisch offenstand. Selbstverständlich haben mich die dänischen Tingleffer in keiner Weise bestimmt. Ich verspürte es aber doch auch von ihnen deutlich genug, was man damals von den Deutschen erwartete. Die Frage der Legalität und auch Loyalität wurde fast gar nicht gestellt. Ich habe diese Problematik zum ersten Male als Sprecher der Freiwilligen deutlich gespürt,

als ich im Sommer 1940 in Klagenfurt in Österreich die Frage der Staatszugehörigkeit bis nach Berlin — abermals als Rekrut und ohne Hilfe aus Nordschleswig zu erhalten — durchfechtete. Man wollte uns zu deutschen Staatsbürgern machen. Da wurde mir plötzlich klar, welches Risiko wir eingegangen waren.

Warum ich das hier überhaupt sage? Weil es zu unserm Selbstverständnis gehört! Nach 1945 hat man aus Bescheidenheit den Mund gehalten, aus Angst — nein! Dazu haben wir im Kriege zu viel erlebt, um nicht mit diesem Gefühl der Angst fertigzuwerden. Aber es gilt etwas viel Wesentlicheres. Wenn ich nach dem Kriege dennoch glaubte, Erzieher und gerade Jugenderzieher im Grenzland werden zu können, dann mußte ich mich erbarmungslos der harten Prüfung des Verlierers, des Unterlegenen unterziehen. Ein Schuldgefühl kann man überhaupt nicht verdrängen, höchstens zeitweise. Es würde immer wieder und dann sicherlich zu unpassender Zeit durchbrechen, zumal, wenn man im Grenzland lebt.

Uns Deutschen wird immer noch die Frage des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus vorgelegt. Ihr können wir nicht ausweichen. Deutsch und Nationalsozialismus war damals für fast alle in irgendeiner Weise unsagbar schwierig verflochten. Ernst Jünger sagte kürzlich in einem französischen Interview, mit eben diesen Fragen konfrontiert: „Wenn sich die ganze Welt gegen Deutschland wendet, richtet sie sich doch auch gegen mich. Unsere Generation ist doch noch in diesen Fragen engagiert. Wichtig ist, daß man seinen Standpunkt bezieht und sich selbst treu bleibt. So kann man seine physische, intellektuelle und materielle Freiheit bewahren.“ Das gilt vor allen Dingen auch gerade für uns im Grenzland. Danach habe ich gehandelt. Darum versuchte ich nun, auf einem recht untraditionellen Wege nach Faarhus eine Existenz für mich und meine Familie aufzubauen. Ich griff zur Schaufel, wurde einfacher Arbeiter, trat der Gewerkschaft bei und lernte das Leben aus dieser Perspektive durch eigenes Erleben und Miterleben kennen. Ich wollte nicht ins Kontor gehen oder mit einem Bauchladen durch die Lande ziehen, sondern mich bewußt von unten aufdienen, aufarbeiten. Dänische Bekannte haben mir später erzählt, daß man nach Tingleff fuhr, um sich den „abgebrochenen Doktor“ bei der Wegearbeit anzusehen. Abgebrochen? — Ich arbeitete damals z. B. mit sechs „abgebrochenen Bäckern“ zusammen. Das Leben eines derartig Betroffenen habe ich direkt auf mich nach dem Kriege bezogen, um abermals eine Lehrzeit durchzumachen. Ich habe mich im Kreise dieser Arbeitskollegen wohlgeföhlt, wurde von ihnen akzeptiert und respektiert. Das gilt bis zum heutigen Tag.

\*

Was stand nach dem Ragnarok des Krieges hier in der Heimat an: Als glaubwürdiger Mensch dem Anruf des Nullpunktes gewachsen zu sein, um wieder mitschaffen zu dürfen.

Aus den Trümmern eines stattlichen kulturellen Hauses der deutschen Volksgruppe wieder ein lebenswertes Gebäude für unsern Nachwuchs zu errichten, war die schlichte Forderung an uns. So sah auch ich die Aufgabe, als ich 1952 die Nachschule in Tingleff nach Chr. Carstensen übernahm. Es war mir klar, daß das deutsche Gesicht unserer Heimat nicht die gleichen Züge tragen durfte, die von 1920 bis 1945 vorherrschend gewesen waren. Da war unsere politische und kulturelle Aufgabe vornehmlich durch eine nationale Abwehrhaltung bestimmt. Wir suchten zu deichen, um nicht vor dem dänischen Alltag, der geistigen Wiedervereinigung (genforening), zurückweichen zu müssen. Alle Kenner des Grenzlandes hatten das Verschwinden der heimdeutschen Gruppe in Bälde vorausgesagt. Und doch überdauerte sie den Zweiten Weltkrieg zum Staunen aller. Als „Insel der Treue“ vom Süden lobend herausgestellt, von den dänischen Aktivisten aber kurzweg als Etappe, als Hinterland charakterisiert, mußten wir, wenn wir überleben wollten, neue Linien herauskehren.

Welche Züge eigenständigen Lebens sollten wir unserer Jugend nach 1945 mitzugeben versuchen? Eine Tatsache hatte sich uns ganz eindeutig offenbart: Mit einem nationalistischen Appell konnten wir unsere Jugend nicht mehr erreichen. Eine gesamtdeutsche Geschichte, eine deutsche Reichsidee gab es schlechthin nicht mehr. Es ist sehr gut gewesen, daß hier in Tingleff stets darauf geachtet wurde, daß die Verbindung zum deutschen Leben aus unserer eigenen Heimat heraus entwickelt und begründet werden mußte. Darum habe ich mich durch alle Jahre hindurch bemüht, einen solchen Standpunkt zu finden. Glaubwürdig konnten wir nur werden und bleiben, wenn wir uns hier nicht als Fremdkörper, gewissermaßen als Paßbürger betrachteten, sondern das Deutsche eben als Heimdeutschtum konstitutiv mit der Geschichte dieses Landes verknüpft sahen. Nur ein solches Gefühl des Bodenständigen konnte einem neu heranwachsenden Typ von Jugend ein Identitätsgefühl vermitteln. Und in einer sich mehr und mehr verunsichernden Zeit, in einer immer stärker werdenden „unheilen“ oder schizophrenen Zeit war diese geistige Verankerung von fundamentaler Bedeutung. Ich habe darum immer stärker darauf gedrängt, das Nationale nie frontal anzuerziehen, sondern versucht, es als roten Faden für uns Heimdeutsche aus der Heimatgeschichte in Verbindung mit dem Gesamtgeschehen im dänisch-deutschen Spannungsfeld zu analysieren. Ich meine, damit durchaus Erfolg gehabt zu haben. Man kann vielleicht einwenden, daß ich dadurch zu recht billigen Erfolgen gelange, weil ich einfach Behauptungen aufstelle. Dem kann ich nur entgegenhalten, daß ich von Anbeginn an unser Geschichtsbild bei aller deutschen Profilierung so ausgerichtet habe, daß sich ein dänischer Schüler von der in Tingleff gegebenen Darstellung der Probleme in keiner Weise betroffen zu fühlen braucht; zum ändern haben wir die Art unseres Geschichtsbewußtseins im Laufe der zwanzig Jahre durchaus nicht grundsätzlich

korrigieren müssen, weil uns bewußt ist, daß das Nationale im steten Wandel ist und gerade der veränderten Lage der deutschen Volksgruppe angepaßt sein muß. Um es ganz deutlich zu sagen: Meine Generation hat zum dänischen Staat und zum Königshaus ein anderes Verhältnis — wir kennen noch die deutsche Kaiserzeit — als unsere Jugend nach 1945.

Es ist darum interessant und wichtig, auch heute noch festzuhalten, was die Zeitung „Sønderjyden“ bei der Einweihung der Schule im August 1955 schrieb: „Die Nachschule wird künftig eines der wichtigsten heimdeutschen Instrumente im Grenzkampf sein ... Man kann damit auf Jahrgänge einwirken, die am empfänglichsten für Eindrücke sind. Es sei sehr wohl möglich, daß der nationale und kulturelle Grenzkampf in Nordschleswig in den kommenden Jahrzehnten von dem Ton geprägt werden könne, der in der Schule in Tingleff vorherrschend sein werde. Erziehe man die Jugend im Geiste der Verständigung und der guten Nachbarschaft, könne sie in hohem Grade zu einer milden Atmosphäre beitragen ... Sie könne damit“, meint „Sønderjyden“, „die Wanderung vom Deutschtum, die immer noch im Gange ist, wohl verzögern, aber nicht aufhalten.“

Ich habe diese Worte der sozialdemokratischen Zeitung von 1955, die die Bedeutung der Schule für das Grenzland unterstreichen, zugleich aber auch eine Prognose enthalten, an dieser Stelle zitiert, um unsern Standort zu umreißen. Unsere Schule ist eine „offene“ Schule, die sich den Fragen unserer Zeit weltoffen zuwendet, um die Fragen ihrer Umgebung unmittelbar in ihr Angebot einzubeziehen und zu ihnen eine dem heimdeutschen Charakter der Schule konforme Antwort zu geben.

In diesem Sinne suchen wir hier ein neues Selbstverständnis zu formulieren und einen bodenverwurzelten deutschen Kristallisierungspunkt zu schaffen. Dem Wunsch der Zeitung nach Entspannung im Grenzland können wir voll und ganz beipflichten. Unsere Schule hat ein gelassenes und durch alle Jahre hindurch ein offenes Verhältnis zu unserer dänischen Umwelt gezeigt. Wir haben uns nie verkrampft gegeben. Aber ob die Prognose von „Sønderjyden“ eintrifft?

\*

Doch nun zu meinem Entschluß, die Leitung der Schule in jüngere Hände zu legen. Ich trete ab, weil die Ärzte mir diesen Entschluß schon vor Jahren nahelegten. Ich habe ihn aber erst dann akzeptiert, als die Frage der Nachfolge geklärt werden konnte. Der Wechsel erfolgt aber auch zu einer Zeit, der von gesellschaftspolitischen Umwälzungen erfüllt ist. Auch vor unserer Schule macht diese Unruhe nicht halt. Ich weiß noch genau, wann das erste Vietnam-Plakat als Demonstration bei uns ans Schwarze Brett geheftet wurde, weiß, welcher Schüler es tat und welcher Lehrer das wünschte. Seit jenen Tagen ist der „behütete pädagogische Raum“ bei uns nurmehr eine Illusion. Erfahrung ringt mit jugendlicher Unreife. Es sind Spannungen entstanden. Damit haben wir

fertigzuwerden. Für eine Schule des nordschleswigschen Deutschtums aber gibt es überdies eine besondere Unterrichtssituation. Sie hat sich den Existenzfragen der Volksgruppe einzuordnen. Diese sind älter als alle ideologischen Kontroversen, die heute anbränden. Der Leiter der Schule hat auch heute noch die Pflicht, die Lehren der Vergangenheit zu beachten. Wenn wir uns auch nicht für so vermessen halten, hier eine Oase der Windstelle zu bauen, so haben wir uns doch dagegen zu wehren — ähnlich wie andere Nachschulen —, uns avantgardistisch zu gebärden. Die Fackelträger solcher Unruhe sind gerade Zeitgenossen, die durch und durch unsicher sind und deren Persönlichkeitsbild verklemmt erscheint. Es ist daher auch vom Vorstand der Schule mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erklärt worden, daß wir kein Experimentierfeld für solche Versuche sind. Das sei nach Süden wie auch nach Norden hin gesagt. Wenn ich meinen Werdegang eingangs darlegte, dann habe ich das gerade getan, um meinen Nachfolger darauf aufmerksam zu machen, daß es vor allen Dingen darauf ankommt, einen geraden Kurs zu steuern. Das alte Friesenwort: Rüm Hart, klar Kimming!, ein festes Herz und ein klares Auge, gilt heute für die Tingleffer Schule mehr denn je. Was fremd ist, muß als fremd erkannt und aus unserm Blickfeld verbannt werden. Und darum möge dieses Letzte von mir zu formulieren versucht werden:

Das Kollegium der Schule muß geschlossen lehren, informieren, erziehen, aber auch prägen können. Es fuße darum vor allem auf solchen Persönlichkeiten, die aus dem Gesichtskreis der Schule stammen und sich ihm verwandt fühlen. Diesen Zug habe ich zu verwirklichen mich bemüht. Und wenn wir Erfolg hatten, bauten wir gemeinsam und bewußt darauf. Damit sei nicht etwa einem enggefaßten Personenkreis das Wort geredet. Ich darf wohl für mich in Anspruch nehmen, daß ich Mitarbeiter aus mehr als 1000 km Entfernung warb. Was ich aber immer wieder betonen und fordern möchte, ist die Fähigkeit der Mitarbeiter, sich im Sinne unseres Auftrages engagiert zu zeigen. Eine intellektuelle Fähigkeit reicht im Grenzland allein nicht aus.

Eine Heimschule hat neben der selbstverständlichen Wissensvermittlung vor allem bei der Entwicklung und Förderung der Persönlichkeit des Jugendlichen Hilfestellung zu leisten. So ist uns gerade die Berufsberatung und weitere Förderung stets ein zentrales Anliegen gewesen. Daß das Probleme mit sich bringt, ist selbstverständlich; denn das sei zugegebenermaßen auch heute von mir gesagt: Ich habe mich nicht nur auf ein unverbindliches Informieren beschränkt, ich habe auch prägen wollen. Die heutige Mode, nur informieren zu wollen, überlasse ich getrost denen, die damit meinen, auskommen zu können. Die Nordschleswiger sind aus einem festeren und vor allem zäheren Holz geschnitzt. In dem Punkte bin ich mir wirklich sicher, denn ich entstamme selbst diesem Boden. Wir wollen als Erzieher wahrhaftig nicht allzu weich sein, auch nicht in

unserer verworrenen, nervösen Zeit. Linear oder frontal ist hier aber nicht erzogen und gelehrt worden.

## Unsere Aufgabe heute

Es dürfte unsere Leser interessieren, ob mit dem Generationswechsel in der Leitung der Volkshoch- und Nachschule in Tingleff auch ein Stilwechsel in der Arbeit der Schule verbunden sein wird. Aus dem Vergleich der nachstehend wiedergegebenen Einführungsrede des neuen Schulleiters Horst Jacobsen mit den Abschiedsworten Dr. Paul Koopmanns läßt sich wohl schließen, daß die Akzente der Arbeit sich verschieben, hier und da anders gesetzt werden. Wo sie in Zukunft liegen, wird erst die praktische Arbeit erweisen, denn sowohl der scheidende als auch der neue Leiter der Schule betonten in ihren Reden den pädagogisch-experimentellen Charakter ihrer Arbeit, die Erhaltung der Volkshoch- und Nachschule Tingleff als Schule der deutschen Minderheit in einem steten, von der Zeit geforderten Wandel.

Die Red.

Mit der Gründung der Volkshoch- und Nachschule in Tingleff wurde eine Institution geschaffen, welche die Organisationsform des dänischen Vorbildes übernahm, um sie — ausgestattet mit neuen und spezifischen Inhalten — für die Belange der deutschen Minderheit einzusetzen, für die Erziehung und Ausbildung der deutschen Nordschleswiger. Meine Gedanken werden daher im folgenden um zwei Gesichtspunkte kreisen:

1. Die deutsche Minderheit heute
2. Die Jugend in ihr heute

Ich nehme in Anspruch, herausfordernd und vielleicht sogar provokatorisch zu formulieren, als jemand, der viele Jahre in der Fremde die Situation in Nordschleswig wie mit einem Fernglas beobachtet hat. Da ich aber keinen Rückblick halten kann, erlauben Sie mir eine Gegenwarts- und Vorausschau. Man kann sich nicht des Eindrucks verschließen, als tappten in Nordschleswig die Menschen, die Verantwortung im kleinen tragen, im dunkeln, weil diejenigen, die viel Verantwortung tragen, ihnen das Licht nicht gezeigt haben.

Wir haben nicht zuletzt auf dem Gebiet des Schulwesens das gleiche Phänomen wie an deutschen Universitäten. Es wurden Gebäude errichtet, Unterrichtsräume, Turnhallen. Aber man hat die innere Entwicklung vergessen. Haben wir uns in Nordschleswig wirklich genug um die geistige Erneuerung nach dem Nationalsozialismus bemüht — haben wir eine echte, verbindliche Alternative geschaffen—, oder haben wir nicht zum großen Teil nur das Gebäude geschaffen, aber die Menschen darin sich selbst überlassen? Man darf seine Kinder nicht ohne Beistand lassen — sie brauchen die moralische Unterstützung, den seelischen Zuspruch und die geistige Führung. Und die Kinder dieses Landes brauchen sehr viel Führung, und ich behaupte, daß ein Sekretariat, wie es heute aufgebaut ist,

völlig überfordert ist, wenn es dieser Aufgabe gerecht werden soll. Wir verlangen unendlich viel von den Menschen im Grenzland. Sie werden vor Entscheidungen gestellt, die ein Vollnationaler nicht zu treffen hat. Was hier z.B. die Liebe zweier Menschen zum Problem werden läßt, kann sonst als chic und modern und fortschrittlich gesehen werden. Wo gibt es Menschen, außer im Grenzland, die eine nationale, sprachliche und kulturelle Alternative haben? Es wird viel vom Menschen verlangt, deshalb müssen wir ihm mehr Beistand gewähren, als andere Menschen es überhaupt nötig haben. Auch vom Lehrer wird vieles verlangt, was er an keiner Hochschule erlernen kann. Es gibt kein Spezialsemester für ihn. Eine Minderheit ist immer in der Situation, größeren Gruppierungen zu unterliegen, weil seit jeher die Masse, die Mehrheit minderheitenfeindlich ist. Minderheiten geraten leicht in den Sog und in den Strudel von Mehrheiten. Um nicht zu unterliegen, muß man sich gegen den Sog wehren. Man muß kämpfen, um zu überleben.

Aber das ist das Verheerende: Wir lernen in den deutschen Schulen nicht, zu kämpfen — denn meistens heißt doch kämpfen, daß man gegen jemand kämpft, aber gerade das wollen wir im Grenzland — im Zeitalter des Miteinander — nicht mehr; deshalb muß unser Streben viel, viel mehr als bisher darauf ausgerichtet sein, zu lernen und zu lehren für eine Sache — nämlich für die Sache der deutschen Minderheit zu kämpfen. Aber was ist die Sache der Minderheit? Wir brauchen mehr als jede andere Gruppierung ein Konzept, eine Idee — wir brauchen etwas, worauf wir uns zurückziehen können, um anderen klarzumachen, warum wir uns zu der deutschen Minderheit bekennen, und wir benötigen die Worte, damit wir uns selbst zurechtfinden können, damit wir einen Halt finden, damit wir das moralische Rüstzeug finden, das nötig ist, um innerlich gewappnet und frei und ehrlich und selbstsicher sein zu können.

Fühlt sich nicht jeder Angehörige einer Minderheit auch leicht minderwertig? Wir müssen dieser ständigen Gefahr entgegenwirken — von Anfang an — vom Kindergarten bis zum Gymnasium, wo wir nicht aus falscher Wissenschaftsgläubigkeit darauf verzichten dürfen, über uns und unsere Situation ständig nachzudenken und zu reden. Wir müssen klarmachen, daß deutscher Nordschleswiger zu sein mehr ist, als Bundesdeutscher, mehr ist, als dänischer Staatsbürger zu sein; wir müssen endlich klarmachen, daß wir als Minderheit — in diesem Sinne mehr bieten und sein wollen und darauf stolz sein können. Aber wir haben überhaupt keinen Stolz mehr. Wo ist unser Stolz geblieben — z. B. unser Sprachstolz? Den haben wir vielleicht zu Recht nicht mehr. Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß unser Land Nordschleswig dreisprachig ist, und Sønderjydsk ist *auch* unsere Muttersprache — und das haben wir mit den dänischen Nordschleswigern gemein. Auch sie sind eine sprachliche Minderheit in Dänemark. Haben wir in bezug auf die Sprache alles richtig gemacht? Haben

wir auch in der Erziehung alles richtig gemacht? Können wir unseren Kindern einen Vorwurf machen, wenn sie eines Tages umkippen?

Wir dürfen nicht leugnen, daß heute eine Situation eingetreten ist, in der man nicht schon deshalb deutscher Nordschleswiger ist, weil die Eltern es sind. Die Jugend fragt heute — und wir alle sind immer wieder aufgerufen, die gleiche Frage zu stellen: Warum sind wir nordschleswig-deutsch und bekennen uns zu den Nordschleswig-Deutschen? Gibt es eine moralische, ethische und geschichtliche Verpflichtung, oder gibt es einfach dies: Es lohnt sich im Grenzland, Nordschleswig-Deutscher zu sein? Man hat mehr, kann mehr, bekommt mehr an Kultur und Leben. Wenn es das gibt, dürfen wir nicht müde werden, als Träger von Verantwortung zu predigen, daß dieses Mehrsein, diese „Mehrheit“ im Grenzland wertvoller ist als nur dänisch oder nur deutsch zu sein.

Es ist in einem Zeitalter des Konsums richtig, auch diese materielle Begründung des Minderheitendochtums zu geben; denn heute fragt jeder zuerst: Was habe ich denn davon? Und dieses Materielle, dieses „Mehr“ aus der Gegenwart zu begründen, muß heute unsere Aufgabe sein. Ein Nichtgrenzbewohner hat nicht dieses „Mehr“, das wir anstreben. Deshalb kann er uns das auch nicht Vorleben und vorzeigen oder in einer Führungsrolle vertreten. Wenn wir im Schulwesen auf die Entwicklungshilfe aus Deutschland nicht verzichten können, so müßte es doch für jeden Entwicklungshelfer die vornehmste Aufgabe sein, sich selbst überflüssig zu machen.

Der Auftrag dieser Schule als ein Glied des deutschen Volksgruppenschulwesens ist nur zu verstehen aus der Geschichte der Volksgruppe, begonnen mit der Abstimmung von 1920. Aber eine derartige Begründung wird heute zum Problem: einerseits etwas erhalten und bewahren zu müssen, um die geschichtliche Daseinsberechtigung ableiten zu können, andererseits aber lehnt der Mensch heute Geschichte ab, er verleugnet sie, weil er die Welt, seine bessere Welt, auf der Basis der Technologie, der internationalen Wirtschaftsverflechtungen, auf der Basis einer computergesteuerten Verwaltung aufbauen und organisieren will. — In einer Zeit der schnellen Veränderungen ist die Rolle des Bewahrers immer sehr schwierig, undankbar, wenn nicht sogar zweifelhaft. Wir können zu wenig die Entwicklungen, die Zeit, den Menschen beeinflussen und prägen, wenn wir zu sehr am Vergangenen festhalten. Die Vergangenheit verpflichtet, sagt man! Gilt das wirklich? Wen verpflichtet sie? Welcher junge Mensch fühlt sich heute der Vergangenheit von 1920 innerlich und ehrlich verpflichtet? Wir müssen neue Begründungen suchen.

Wen verpflichtet die Vergangenheit — außer den Verantwortlichen? Das Durchsichtige muß aus der Gegenwart, aus dem eigenen Lebens- und Erfahrungskreis leuchten. Geschichtszahlen sind zunächst Abstrakta, und nur die gelebte und erlebte Vergangenheit verpflichtet. Es gibt deshalb keinen jungen

Menschen, der ein Werturteil über ein Zeitalter abgeben kann. Die Gegenwart muß als Epoche für ihn immer das Beste sein, denn er kann sich kein anderes Zeitalter aussuchen. Aus der Gegenwart muß er das Beste herausschneiden, wenn er sich nicht selbst verleugnen will. (Und ich sage, ohne Spitze: auch Vietnam ist Gegenwart!) Wir leben im Zeitalter der totalen Information. Wir werden durch einen Raubüberfall in Australien genauso belastet wie vom Verkehrsunfall im Nachbarort. Wir können daher nicht sektiererisch abgewendet an der Welt vorbeieilen. Wir müssen uns öffnen — weil die Welt offen ist. Aber um so mehr brauchen wir das Rüstzeug, um dem Anderen, dem Neuen gewachsen zu sein. Wenn ein Bundesdeutscher heute nicht Deutscher, sondern Europäer sein will, dann fällt es nicht ganz leicht für die Minderheit, glaubwürdig das Postulat „deutsch“ noch aufrechtzuerhalten. Wenn hier die Presse danach fragt, wie deutsch denn unsere Schulen die Kinder machen — muß man gleichzeitig fragen, wie deutsch denn die Kinder in Deutschland werden —, aber in Deutschland hat man schließlich nicht ständig die nationale Wahl und Alternative vor Augen. Ich sage noch einmal dem Grenzbewohner: Den jungen Minderheitlern wird unglaublich viel abverlangt — wir müssen ihnen helfen, in einer Weise, die weit über die reine Wissenvermittlung hinausgeht. Denn im Zeitalter der Mobilität fehlen die Fixpunkte, die Halt geben können. Alles ist im Fluß, im Umbruch — die Bewegung in der Ausbildung, im Beruf, in der Information überwindet Welten, Grenzen. Es fluktuiert heute schneller — auch die Lebensnormen, die Werte. Davon wird keine Minderheit verschont. Die Mehrheiten — die Parteien, die Länder, die Städte, die Medien — saugen uns aus, die „Anderen“ begeistern uns, das Andersartige fasziniert uns! Wenn eine Minderheit im Sog der Mehrheiten Anhänger verliert — egal, auf welche Weise —, dann darf das nicht zu Weltuntergangsstimmung führen. Wir leben ständig mit der Zahl: das ist wertvoll, sonst kann man nicht organisieren. Aber wir leben mit der Statistik als Faust im Nacken, und viele lassen sich von Zahlen in Hysterie versetzen. Wir sollen uns davor hüten, im Stile eines Unternehmers immer nur Erfolgszahlen und steigende Kurven erzielen zu wollen. Wollten wir unseren Erfolg daran messen, müßten wir uns allerdings die Frage gefallen lassen, ob wir nicht versagt haben. Zahlen dürfen nicht dazu führen, daß wir denken und sagen: Es geht ja doch alles zurück, es lohnt sich nicht mehr, das Relikt einer Minderheit, den Apparat einer Selbstverwaltung zu erhalten, laßt doch das Ärgernis von Minderheitenschulen verschwinden, sie führen ja doch nur zu längst überwundenen nationalen Denkkategorien. Nein! Wir brauchen unsere deutsche Minderheit wegen des in ihr gelegenen „Mehrseins“ für die Menschen — und auch als Orientierung für Außenstehende, die „Großen“ brauchen die „Kleinen“, wir alle brauchen Minderheiten, um eigene Toleranz und den Großmut zu testen — als moralisches Regulativ. Wir messen daher die demokratische Qualität eines Staates an seiner

Einstellung zu seinen Minderheiten.

Paul Koopmann hat als eine Leitschnur den Satz gehabt: Man muß mit der Zeit gehen! Das ist ein gültiges Wort für den organisatorisch-technischen Rahmen der Nachschule, aber es gilt genauso auch für den geistig-inhaltlichen Rahmen. Wir müssen auch einmal unsere Gefühle überprüfen, Gefühle gegenüber Fahnen, gegenüber Nationalhymnen.

Wenn Paul Koopmann sagt: Man muß als Leiter dieser Schule improvisieren können, dann bedeutet das auch, daß kein gültiges Rezept vermachbar werden kann. Und wenn Paul Koopmann sagt, daß es nach dem Kriege galt, neue Linien herauszustellen, wenn man überleben wollte, dann gilt das heute immer noch. So haben denn die deutsche Volksgruppe und die Nachschule Tingleff eine Überlebensebene nur in einem permanent flexiblen Anpassungsprozeß. Es mag paradox klingen, aber vielleicht liegt unsere Stetigkeit in einer kontinuierlichen Beweglichkeit.

Am Beginn der Arbeit dieser Schule wurden Schwierigkeiten überwunden, Schwierigkeiten ungeheuren Ausmaßes, wie wir hörten. Es waren Probleme organisatorischer, technisch-finanzieller Art, die gemeistert wurden. Die menschlich-pädagogische Führung war wohl problemloser — war eingebettet in einen Leitgedanken und ein festgefügtes Wertesystem.

Sollten wir heute die Rangfolge der Schwierigkeiten aufstellen, würde sie umgekehrt ausfallen. Der Anspruch der jungen Generation macht uns Schwierigkeiten und zwingt uns, ständige Selbstbesinnung zu üben. Heute sind alle Werte in Bewegung geraten oder sogar in Auflösung begriffen. Es gibt kein System, das für jeden gültig wäre. Das müssen wir erkennen, ohne daran zu verzweifeln; denn sonst wird tatsächlich der Generationskonflikt zu einem permanenten Machtkampf. Diese Tatsache geht an keiner Schule vorbei. Es ist daher für jeden Lehrer ganz einfach schwierig, dem jungen Menschen menschlich-pädagogisch etwas zu geben, etwas zu sein.

Wir können heute keine jungen Menschen einfangen im Sinne von „übereinnahmen“, z.B. durch Dogmen. Nein, wir müssen sie gefangen nehmen, indem wir ihre Probleme erkennen, und nicht versuchen, ihnen die unsrigen aufzuzwingen.

Diesem Anspruch können wir nicht genügen, indem wir an dem Zeitgeist vorbeirennen. Den müssen wir mit einbeziehen und zum Ausgangspunkt unserer Bemühungen machen. Ein Internatsleben bietet hervorragende Möglichkeiten dazu. Es ermöglicht u. a., daß Ordnung nicht dem Selbstzweck, sondern der Würde des anderen dienend, verstanden werden kann. Wir wollen nicht dem Zeitgeist kritisch nachrennen, aber solange sollten wir an ihm partizipieren, solange er uns zu glücklicheren Menschen macht, denn das muß immer das Kriterium unserer Bemühungen sein: die Mädchen und Jungen, die um uns sind, zu einer relativen Zufriedenheit zu führen, zu Menschen werden zu lassen, die frei

sein können, die weder Herzklopfen noch Händeschweiß bekommen, wenn sie uns gegenüber sitzen. Wir alle an der Schule wollen nicht unter dem Zwange stehen, menschlich etwas darstellen zu müssen, das wir nicht darstellen können. Ich verstehe das als eine Leitschnur meiner Arbeit: die jungen kritischen Jugendlichen über die Notwendigkeiten dieses Zeitalters zu Menschen von heute zu führen, die begründen können, warum sie deutsche Nordschleswiger sind, die sich in dieser Rolle, in diesem Lande einfach wohl und glücklich fühlen.

---

*Wir befinden uns nicht in einer Isolation, sondern wir haben eine Entscheidung getroffen, unsere Arbeit in unseren Organisationen zu pflegen. Und sie sind deutsch. Unsere Ziele sind vorrangig, alles andere ist ihnen untergeordnet. So möchte ich die Arbeit der deutschen Jugend in Nordschleswig verstanden wissen: als Leistung des einzelnen, sich selbst zu verstehen — als Beitrag, eine Gemeinschaft zu festigen.*

HANS JÜRGEN NISSEN, der Vorsitzende des Deutschen Jugendverbandes für Nordschleswig in seiner Rede auf dem Knivsbergfest 1973

## Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? (II)

Nach dem deutschen Überfall auf Dänemark 1940 kam es zu einer Kooperation zwischen dänischem Gewerkschaftsbund (DsT) und nationalsozialistischer Deutscher Arbeitsfront (DAF). In gewisser Weise war das ein nordisches Nachspiel zum „Leipart-Kurs“ des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vom Frühjahr 1933. Der ADGB hatte sich nach Hitlers Machtergreifung nicht zum Generalstreik entschlossen, sondern auf passives Abwarten eingestellt. Er geriet mehr und mehr in den Strudel der Anpassung an die aufkommende Diktatur. Freilich zeigten Gewerkschaften mit hohem Arbeiter-Anteil wie der Deutsche Metallarbeiter-Verband (DMV) größere Immunität gegen den Nationalsozialismus.

Es gab trotz allem viele bewunderswerte Zeichen gewerkschaftlicher Treue in den Betrieben: Beispielsweise brachten die Wahlen zum Arbeiterrat bei den Berliner Elektrizitätswerken (Bewag) im Februar 1933 folgendes Ergebnis:

Freigewerkschaftliche Listen	3 040 Vertreter
Rote Gewerkschaftsopposition (RGO)	156 Vertreter
Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO)	83 Vertreter

Ähnliche Resultate wurden noch im März und Anfang April von vielen kommunalen Einrichtungen gemeldet<sup>51</sup>. Nach zusammenfassenden Berichten aus über 1000 Betrieben aller Branchen konnten die freigewerkschaftlichen Listen über 70% der Mandate auf sich vereinigen. Die NSBO erreichte nur gut 10% der Mandate<sup>52</sup>. Den Nazis blieb nichts anderes übrig, als die Wahlen durch Gesetz vom 4. April abzubrechens<sup>53</sup>, um ein größeres Debakel zu verhindern.

Diese eindeutige Lektion in gewerkschaftlicher Solidarität veranlaßte die Nazis zu größerer Skepsis gegenüber dem ADGB<sup>54</sup>. Offenbar würde es doch nicht so leicht sein, die demokratischen Organisationen der Arbeiterschaft einfach „umzudrehen“. Bei den Kräfteverhältnissen in den Betrieben konnte aus den Anpassungsmanövern der Spitze auf längere Sicht eine Umklammerung von der Basis her werden. Wenn auch der Vorstand des ADGB sich „gutwillig“ zeigte, lösten die Nazis doch keineswegs ihren brutalen Griff: Trotz anfänglicher Versprechen blieben 46 Gewerkschaftshäuser in allen Teilen des Reiches weiterhin besetzt. Andere wurden erneut gestürmt<sup>55</sup>.

Ob die Beweise ungebrochener Treue in den Betrieben den ADGB-Vorstand vor den letzten Konsequenzen des „Leipart-Kurses“ zurückschrecken ließen? Jedenfalls entschloß sich der Bundesausschuß zu einer weniger unterwürfigen

Sprache. So hieß es nach der Sitzung vom 5. April selbstbewußter als zuvor: „Die Gewerkschaften sind des Glaubens, daß jede deutsche Regierung die nationale Wirksamkeit der Gewerkschaften anerkennen müßte, auf die wir unseren Stolz setzen<sup>56</sup>.

Auf seiten der Nazis war man über das weitere Vorgehen noch nicht einig. Aus internen Beratungen „ist bekanntgeworden, daß in der NSBO ein Streit darüber bestand, ob die Gewerkschaften aufgelöst und zerstört oder ‚übernommen‘ werden sollten“<sup>57</sup>. Vor der endgültigen Entscheidung kam es am 13. April zu einer letzten Aussprache zwischen Vertretern der NSBO und des ADGB-Vorstandes. „Reichskommissar“ Brücker begrüßte Leipart jovial als einen „alten Bekannten“. Er meinte, die Nationalsozialisten hätten kein Interesse am Zusammenbrechen der alten Gewerkschaften. „Wir“, so hieß es, „wollen im Gegenteil die Einheitsgewerkschaft schaffen. Wir müssen allerdings schnell arbeiten, da sonst die Massen drängen und mancherlei zerstören könnten, das durch Verständigung erhalten bleiben würde“<sup>58</sup>.

Leipart reagierte kühl und abweisend. Er bezweifelte die Mandate der NSBO-Vertreter. Zunächst verlangte er Freigabe der Gewerkschaftshäuser. Dann sagte er: „Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein“<sup>59</sup>. Wilhelm Leuschner, der von vielen als Nachfolger Leiparts betrachtet wurde, faßte die Haltung des ADGB zusammen: „An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen“<sup>60</sup>. Ohne Einigung ging man auseinander, freilich mit der Zusage einer weiteren Besprechung.

Offenbar hatten Leipart und Leuschner sich nicht kompromißbereit genug erwiesen. In einer Führerkonferenz der NSDAP an den unmittelbar folgenden Osterfeiertagen kam es zur definitiven Entscheidung über das Schicksal der Gewerkschaften. Die Scharfmacher setzten sich durch. Der Reichsorganisationsleiter, Ley, wurde beauftragt, die freien Gewerkschaften zu zerschlagen<sup>61</sup>.

### *Das Täuschungsmanöver im April 1933*

Was die Nazis tatsächlich im Schilde führten, wurde streng geheimgehalten. Die Öffentlichkeit und der ADGB sollten sich offenbar lieber mit einem spektakulären Propagandacoup der Hitler-Regierung beschäftigen: dem Feiertag der nationalen Arbeit.

Als Demonstrationstag internationaler Solidarität und als Kampftag für die achtstündige Arbeitszeit war der 1. Mai seit 1889 zum zentralen Symbol des aufstrebenden Proletariats, zum „Maientag“ der Arbeit geworden. Die junge Republik hatte ihn bereits im Jahre 1919 als einmaligen gesetzlichen Feiertag

begangen<sup>62</sup>, doch blieb er alljährlich ein Kampftag von explosiver Symbolkraft<sup>63</sup>. Im Frühjahr 1933 stand der Kalender günstig: Voraussichtlich konnte man die Arbeiter schon am Sonntag, dem 30. April, versammeln, um am folgenden 1. Mai zu einem gut vorbereiteten großen Schlag gegen das Naziregime auszuholen. Dieser Möglichkeit kam die Hitler-Regierung mit unbereitbarem Geschick zuvor: Am 12. April wurde ein Reichsgesetz bekanntgegeben, demzufolge der 1. Mai als „Feiertag der nationalen Arbeit“ in allen Teilen des Reiches zu begehen war. Es sollte ein „Volksfest“ werden, um die „unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft“ zu bekunden und zu bekennen, „daß alle deutschen Stände es als Lebensnotwendigkeit ansehen, die wirtschaftliche Existenz des deutschen Arbeiters zu sichern“<sup>64</sup>.

Aus einem freiwilligen Kampftag der Arbeit wurde nun ein erzwungener Ruhetag der Nation. Internationale Verbundenheit verkehrte sich in völkische Begrenzung. Die bisherige Mai-Demonstration der Arbeiterbewegung gegen die herrschenden Verhältnisse verwandelte sich in eine machtvolle Parade der nun Herrschenden. Den Arbeitern wurde kein neuer Maitag geschenkt, sondern der alte genommen. Die Perversion war unverkennbar, aber es fiel ungeheuer schwer, darauf angemessen zu reagieren. Zudem gingen verlockende Gerüchte um: Würde Hitler, so munkelte man, seinen Auftritt am 1. Mai nutzen, um ein großes Programm der Sozialisierung zu verkünden?<sup>65</sup> Vielleicht konnte auch die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche zum Inhalt der neuen Maidemonstration gemacht werden<sup>66</sup>. Die Mutmaßungen waren illusionär, aber den Nazis konnte ihre Verbreitung nur recht sein, um das Täuschungsmanöver zu vollenden.

Während die NS-Führerkonferenz in den Ostertagen die Zerstörung der Gewerkschaften endgültig festlegte, schickte der Bundesvorstand des ADGB seinen Mitgliedern noch einen freundlichen Aufruf:

„Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen. Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.“<sup>67</sup>

Dem Bundesausschuß war das nicht weitgehend genug. Er ergänzte den Aufruf des Vorstandes um die ausdrückliche Aufforderung an die Mitglieder, sich an den Feiern „festlich zu beteiligen“<sup>68</sup>. Die Drohung der Nazis, andernfalls die

Gewerkschaften am 2. Mai zu zerstören, soll bei dieser Entscheidung nachgeholfen haben<sup>69</sup>.

Mit Bestürzung lasen die treuen Mitglieder den Text der Unterwerfung. Aus der Emigration wird berichtet, daß der Mai-Aufruf des ADGB „hunderttausenden deutscher Arbeiter Tränen der Wut und des Zornes aus den Augen gepreßt hat und eine wahrhaft große Tradition mit einem Dokument tiefster Beschämung besiegelte<sup>70</sup>.

Während Führungskräfte im ADGB den aussichtslosen Kurs der Anpassung immer noch weiter zu verfolgen suchten<sup>71</sup>, standen die Mitglieder unter wachsendem politischem Druck. So wurde im Ruhrgebiet die Parole ausgegeben: „Wer bis zum 1. Mai 1933 nicht in der NSBO ist, wird entlassen“<sup>72</sup>. Die Teilnahme an den Maifeiern wurde zur „nationalen Pflicht“ erklärt. Einzelne Belegschaften sollten geschlossen antreten. Wer nicht mitmarschierte, erhielt auch keinen Lohn oder wurde gar entlassen<sup>73</sup>. Alle, die unter diesem Druck standen und sich dagegen zu wehren versuchten, mußten den Aufruf des ADGB als Zeichen bedenklicher Schwäche, ja als Verrat an ihrer Sache betrachten.

Die Entwicklung wurde auch von wohlmeinenden politischen Freunden mit wachsender Sorge betrachtet. Der standhafte Otto Wels sagte am 26. April vor der Reichskonferenz der SPD, an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet: „Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben ... Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte“<sup>74</sup>.

Eben das aber geschah in der Gewerkschaftspresse der letzten Apriltage und am verräterischsten in der illustrierten Mai-Zeitung. Der Feiertag der Arbeit wurde dort dem „ursprünglichsten Seelentum des Volkes“ zugeschrieben und auf dem Hintergrund des „kultischen Brauchtums“ der Germanen interpretiert. Von der Sitte des „Nöt- oder Nyd-Feuers Altgermaniens“ war die Rede. In diesen mythischen Schwulst bettete sich die plumpe Behauptung: „Niemals hat die Arbeiterschaft, die sich zum Sozialismus bekannte, verkannt oder gar verneint, daß der Ausgangspunkt aller politischen Erwägung und aller politischen Arbeit die Nation ist“<sup>75</sup>. Was sich hier abspielte, erschien kritischen Beobachtern in der Tat wie eine „Gewerkschaftsdämmerung“<sup>76</sup>.

Als am „Feiertag der nationalen Arbeit“ Nazigrößen und Gewerkschaftsführer, als die mächtigen Marschsäulen der Belegschaften, umflattert von Hakenkreuzfahnen und schwarz-weiß-roten Farben, durch die Straßen der großen Städte zogen, bot sich ein äußeres Bild nie gekannter Einheit. Aber auch nie zuvor war die innere Zerrissenheit, waren stumme Trauer und verhaltener Zorn so groß.

Ist die Idee preisgegeben“, so hatte Otto Wels gemahnt, „dann stirbt auch die Organisation.“ Als hätte er die Entwicklung vorausgesehen, sagte er weiter: „Aber

wird die Organisation von außen zerschlagen, dann bleibt immer noch in Millionen Köpfen und Herzen die Idee, und sie sichert auch die Wiedergeburt der Organisation“<sup>77</sup>.

Die Zerschlagung war lange beschlossen. Die Marschbefehle waren durch geheime Rundschreiben vom 21. April herausgegangen. Alle völkische Liebedienerei in den letzten Apriltagen mußte vergebens sein — oder zum Nutzen der Nazis. In einer Sprache, die keinen Widerspruch duldete, dekretierte das Rundschreiben der NSDAP:

„Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltung gegen die freien Gewerkschaften. Die Leitung der gesamten Aktion liegt in den Händen des Aktionskomitees ...

Im wesentlichen richtet sich die Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund). Was darüber hinaus von den freien Gewerkschaften abhängig ist, ist dem Ermessen der Gauleiter anheimgestellt.

Verantwortlich für die Durchführung der Gleichschaltungsaktion in den einzelnen Gebieten sind die Gauleiter, Träger der Aktion soll die NSDAP sein. SA bzw. SS ist zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und zur Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.“<sup>78</sup>

Zu den verhafteten Persönlichkeiten gehörte auch ein Mann wie F. J. Furtwängler, der als Mitarbeiter Leiparts der äußerste Exponent einer Politik nationaler Anpassung war<sup>79</sup> und noch zum Schluß einen „Hymnus“ auf den „Feiertag der nationalen Arbeit“ veröffentlichte<sup>80</sup>.

Die Nazis machten keine feinen Unterschiede. „Wir haben sie in Schutzhaft nehmen müssen“, prahlte Reinhold Muchow in einer verräterischen Mischung aus Heuchelei und Zynismus, „da wir es nicht verantworten konnten, daß diese Schädlinge des deutschen Arbeiters und Angestellten ohne Strafe weiterhin in der Sonne spazierengehen.“<sup>81</sup>

Muchow konnte seinen Triumph nicht lange genießen. Bei einem nationalsozialistischen „Schießunfall“ mit zweifelhaften Begleitumständen kam er wenige Monate später ums Leben<sup>82</sup>.

In gewisser Weise bildeten die Ereignisse um den 1. und 2. Mai 1933 ein gespenstisches innenpolitisches Vorspiel auf die glänzenden außenpolitischen Erfolge und katastrophalen Niederlagen der Hitler-Politik: Die deprimierende Lähmung der demokratischen Kräfte im Innern glich der abwartenden Haltung der äußeren Mächte. Die Kooperation von Ulbricht und Goebbels war eine bescheidene Vorwegnahme des Hitler-Stalin-Pakts. Die Politik der Anpassung trug Züge des „Appeasement“, die des Verrats war eine frühe Version des Quislingismus. Scheinheilige Täuschung und blitzartiges Zuschlagen der Gewalt

kennzeichneten die Mai-Ereignisse ebenso wie die Kriegführung im Zweiten Weltkrieg. Das Projekt der Einheitsgewerkschaft blieb eine hohle Vorspiegelung wie die gigantischen Pläne eines zwangsweise vereinigten Europa. Schließlich mündete die sinnlose Zerstörung bewährter organisatorischer Strukturen und historisch gewachsener nationaler Einheiten in die wahnwitzige Selbsterstörung derer, die diesen makabren Spuk inszeniert hatten. Zwölf Jahre nach seinem Rivalen Reinhold Muchow endete Robert Ley im Selbstmord.

\*

### Vergleichende Bilanz des Geschehens in Deutschland 1933 und in Dänemark 1945

Eine gewisse Ähnlichkeit des deutschen „Leipart-Kurses“ und der dänischen Gewerkschaftspolitik unter Laur. Hansen ist unverkennbar. Die Gründe sind einmal in der prinzipiellen Übereinstimmung zwischen deutscher und dänischer Gewerkschaftsbewegung zu suchen: Beide waren den Weg nationaler Integration gegangen. Beide hatten den kompromißlosen Klassenkampf aufgegeben. Beide sahen die Aufgaben der Gewerkschaften immer stärker im lohnpolitischen und sozialpolitischen Bereich.

Zudem gab es eine persönliche Verbindung durch Fritz Tarnow, der bis zum deutschen Einmarsch unter dem Decknamen C. Frederek am Langesund 3/I in Kopenhagen wohnte. Tarnow zählte neben Wilhelm Leuschner zu den potentiellen Nachfolgern Leiparts. Er hatte den „Leipart-Kurs“ unterstützt und ist auch nach der gewaltsamen Gleichschaltung kaum davon abgerückt. Vielmehr wollte er die strukturellen Vorteile der DAF als Einheitsorganisation erhalten und sie nach einem Umsturz in Deutschland übernehmen, um sie zu demokratisieren. Von Kopenhagen aus beriet Tarnow den Leiter der Auslandsgruppe deutscher Gewerkschaften (AdG), Heinrich Schliestedt, in Komotau. Nachdem Schliestedt Ende 1938 mit dem Flugzeug über dem Schwarzwald abgestürzt war, wurde Tarnow sein Nachfolger als Leiter der deutschen Gewerkschaftsgruppen im Exil. Bei diesen Aktivitäten fand Tarnow die materielle und ideelle Unterstützung der dänischen Gewerkschaften. Gleichzeitig stand er mit der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften in Berlin in Verbindung.

Zwar sind darüber bisher keine schriftlichen Unterlagen bekanntgeworden, aber es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Tarnow starken Einfluß auf die Haltung der dänischen Gewerkschaftsführer gegenüber dem Nationalsozialismus ausgeübt hat. Nicht zuletzt deshalb erscheint es interessant, die Übereinstimmung und Unterschiede des deutschen Verhaltens von 1933 mit dem dänischen von 1940 bis 1942 gleichsam in einer detaillierten Bilanz zu vergleichen:

### *Übereinstimmungen in der Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus*

- a) Deutsche und dänische Gewerkschaftsführer betonten gegenüber dem angreifenden Nationalismus den nationalen Charakter der Arbeiterbewegung.
- b) Gleichzeitig wurde die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus besonders heftig geführt, wobei in Deutschland das Verhalten im BVG-Streik und in Dänemark das Zustandekommen des Hitler-Stalin-Paktes in Brennpunkt der Kontroverse standen.
- c) Beide Gewerkschaften forcierten ihren Funktionswandel in Richtung auf „Ordnungsfaktoren“. Sie stellten ihre Bedeutung für die Erhaltung von Ruhe und Arbeitsfrieden heraus.
- d) Das Überleben der Organisationen mit ihren intakten Einrichtungen war beiden Bewegungen wichtiger als die unbedingte Wahrung der bisherigen gewerkschaftspolitischen Prinzipien.
- e) Die Bedeutung der Gewerkschaften für das Unterstützungswesen ließ die sozialen Folgen ihrer Zerstörung besonders hart erscheinen. Schon mit Rücksicht auf die Unterstützungsempfänger mußte alles für die Erhaltung der Organisationen getan werden.
- f) Demgegenüber war man bereit, jedenfalls vorübergehend auf die Durchführung von Streiks zu verzichten und Einbußen am Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger hinzunehmen.
- g) Sowohl in Deutschland als auch in Dänemark kam es zu Widerständen der Kollegen in den Betrieben gegen die nachgiebigere Haltung der Verbandsspitzen.
- h) In beiden Bewegungen war nach dem Kriege das Problem der „unbewältigten Vergangenheit“ gegeben.

### *Unterschiede der deutschen und der dänischen Verhältnisse*

- a) Die Betonung des Nationalen diente in Dänemark einer deutlichen Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus. In Deutschland wurde diese Betonung mehr und mehr zum Vehikel der Annäherung an das Hitler-Regime.
- b) Die dänische Arbeiterbewegung operierte nicht aus der innenpolitischen Opposition heraus, sondern hatte die Regierungsgewalt in Händen und hat sie mit allen Mitteln zu behalten versucht, während das letzte Reichskabinett mit Beteiligung und unter Leitung der SPD (Reichskanzler Hermann Müller) zurücktrat, ohne dazu gezwungen zu sein.
- c) Es gab in der Politik der Zusammenarbeit keine Kluft zwischen dänischer Partei und Gewerkschaft. Vielmehr hat Stauning als Parteiführer diese Politik der Gewerkschaften ausdrücklich gefordert. In Deutschland wurde der „Leipart-Kurs“ von der Parteiführung mit wachsender Sorge beobachtet und durch Otto Wels deutlich kritisiert.
- d) Die deutschen Gewerkschaften waren in weltanschauliche Lager gespalten, die gegeneinander ausgespielt werden konnten. Die Dänen kannten zwar

verschiedene Berufsverbände, aber keine größeren Richtungsgewerkschaften. Ihre Organisationsstruktur war stärker belastbar.

e) Der ADGB mußte sich gegen einen innenpolitischen Gegner verteidigen, der einen wachsenden Massenanhang besaß, während der dänische Gewerkschaftsbund es mit einer verhaßten auswärtigen Okkupationsmacht zu tun hatte.

f) Gegenüber der deutschen Kriegsmaschine besaß die dänische Gewerkschaft keine reelle Erfolgchance. Auch der passive Widerstand wäre kurzfristig gebrochen worden. Dagegen wäre der ADGB zur rechten Zeit mächtig genug gewesen, um eine offensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu führen. Eine Erfolgchance bestand mindestens bis zum Sommer 1932.

\*

### Schlußfolgerungen aus dem Ablauf des Geschehens

Nach dieser Gegenüberstellung bleibt die Frage, wieso die deutsche Politik der Anpassung so total scheitern mußte, wogegen die dänischen Gewerkschaften einen gewissen — wenn auch begrenzten — Erfolg erringen konnten. Zur Erklärung mag dienen, daß seit 1933 ein Lernprozeß stattgefunden hatte: Die dänischen Gewerkschafter haben zwar „mit dem Teufel Kirschen gegessen“, aber sie waren sich stets im klaren, mit wem sie es in Wirklichkeit zu tun hatten. Es gab keine Illusion über das „wahre Gesicht“ des Nationalsozialismus. Deshalb konnte man sicher sein, daß die Zahl der Überläufer gering bleiben würde. „Nationale Sammlung“ bedeutete in Dänemark niemals „Harzburger Front“. Nationale und proletarische Solidarität standen in einem einzigen Bunde zusammen gegenüber der sozialreaktionären Okkupationsmacht.

Zudem war die objektive politisch-gesellschaftliche Situation grundlegend verschieden: Dänemark stand 1940 vor einer schweren nationalen Krise, die das ganze Volk bedrohte. Die nationale Abwehr war der Bedrohung durchaus angemessen. Deutschland befand sich 1933 vor allem in einer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Krise. Der Nationalsozialismus war keine Lösung des Problems, sondern irrationale Ausflucht und Scheinlösung. Die „nationale Wende“ der Gewerkschaften mochte dieser Scheinlösung angemessen sein. Sie diente aber nicht der Lösung der wirklichen gesellschaftlichen Probleme.

So interessant der weitere Vergleich einzelner Aspekte der Übereinstimmung auch sein mag: er könnte auch der Scheinlösung eines deutschen Problems dienen, etwa mit dem oberflächlichen Hinweis, die Dänen hätten ja schließlich auch versucht, sich mit den Nazis zu arrangieren. Aber es gibt für deutsche Gewerkschafter keinen ehrlichen Grund, zur „historischen Entlastung“ auf das dänische Beispiel hinzuweisen. Vielmehr ist festzuhalten, daß der dänische

Gewerkschaftsbund nie in die Zwangslage des Jahres 1940 geraten wäre, wenn die deutschen Gewerkschaften sich zu einer erfolgreichen innenpolitischen Abwehr des Nationalsozialismus entschlossen hätten, als es noch Zeit dazu war.

#### ANMERKUNGEN

- 50 Franz Josef Furtwängler: ÖTV (s. o.), S. 588.
- 51 Ebenda, S. 586 f.
- 52 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 29. 4. 1933, S. 270.
- 53 Ebenda, 8. 4. 1933, S. 209.
- 54 Hermann Seelbach: Das Ende (s. o.), S. 26 f.
- 55 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 8. 4. 1933, S. 220.
- 56 Ebenda, 15. 4. 1933, S. 229.
- 57 (Fritz Tarnow): Zur Gewerkschaftsfrage, Maschinenschrift (Stockholm 1943), S. 1, Arbetarrörelsens Arkiv Stockholm.
- 58 Aktennotiz vom 13. 4. 1933, in: Furtwängler, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf, S. 1.
- 59 Ebenda, S. 2.
- 60 Ebenda, S. 6. Der Inhalt der Besprechung wurde schon am 26. 11. 1933 von Lothar Frey im „Neuen Vorwärts“ veröffentlicht, freilich mit einer falschen Datierung auf den 5. April.
- 61 Tarnow an Schliestedt, 21. 9. 1936 (s. o.).
- 62 Reichsgesetzblatt 1919.
- 63 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, von 1924 bis Januar 1933, Berlin 1966, S. 187 ff.
- 64 Reichsgesetzblatt 1933. Vgl.: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg. 29. 4. 1933, S. 257 f. „Der 1. Mai“.  
Vgl. Soziale Praxis, 42. Jg., 20. 4. 1933, H. 16, Sp. 498.
- 65 Vgl.: Walther Pahl: Der Feiertag der Arbeit und die Sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschafts- Zeitung, 43. Jg., 29. 4. 1933, S. 259 ff.
- 66 Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 29. 4. 1933, S. 258.
- 67 Der volle Wortlaut findet sich u. a. in: Korrespondent, 71. Jg., 22. 4. 1933, S. 159. Eine verkürzte Wiedergabe bietet Hermann Seelbach: Das Ende (s. o.), S. 29.
- 68 Ebenda.
- 69 Arbeiter-Zeitung Wien, 6. 5. 1933, S. 2. „Die Gleichschaltung der Gewerkschaften“.
- 70 Deutsche Gewerkschafter im Exil, 5. Rundbrief, Februar 1939, S. 8., TUC-Library London.
- 71 Zu nennen sind u.a.: Franz Grosse: Deutschland-Italien, Die Gewerkschaften in der italienischen faschistischen und in der deutschen nationalsozialistischen Revolution, in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 15.4.1933, S. 225. Franz Josef Furtwängler: Reichseinheit nach dreihundert Jahren, in: Gewerkschafts- Zeitung, 43. Jg., 22. 4. 1933, S. 242-244. Walther Pahl: Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., 29. 4. 1933, S. 259-261.
- 72 Fritz Tarnow: Gedanken über den Wiederaufbau freier unabhängiger Gewerkschaften in Deutschland, hektographierter Text (Stockholm 1943/44), S. 3, Arbetarrörelsens Arkiv

Stockholm.

- 73 Rundschau, Basel, ,2. Jg., 12. 5. 1933, S. 412.
- 74 Otto Wels: Wo steht die deutsche Sozialdemokratie? in: Arbeiter-Zeitung, Wien, 46. Jg., 4. Mai 1933.
- 75 Friedrich Wendel: Die Maifeier, in: Maitag 1933, Berlin 1933, nicht paginiert.
- 76 Korrespondent, 71. Jg., 22. 4. 1933, S. 160.
- 77 Otto Wels: Wo steht (s. o.), S. 3.
- 78 Erste Veröffentlichung in: Willy Müller: Das soziale Leben in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der DAF, Berlin 1938, S. 51 f.  
Kommentierter Wortlaut in: Stimme der Arbeit, 4. Jg., 22. 5. 1949, S. 150, „Das war nur einmal, das kommt nicht wieder“. Ferner: Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1958, S. 168 ff.
- 79 Fritz Tarnow an Heinrich Schliestedt, 31. 10. 1936, Archivschachtel im DGB-Archiv Düsseldorf. Franz Josef Furtwängler an Martin Plettl, 28. 6. 1936, Nachlaß Plettl, DGB-Archiv Düsseldorf.
- 80 Arbeiter-Zeitung Wien, 46. Jg., 6. 5. 1933, S. 2, „Die Gleichschaltung der Gewerkschaften“.
- 81 Arbeitertum, 3. Jg., 15. 5. 1933, Folge 6, S. 8.
- 82 Nachruf auf Reinhold Muchow, in: Korrespondent, 71. Jg., 16. 9. 1933, S. 339.

*Da es sich bei der angemerkten Literatur oft um schwer zugängliche Titel oder Archivalien handelt, sei abschließend auf einige Publikationen verwiesen, die in normalen Bibliotheken greifbar sind und das Thema im Zusammenhang darstellen. Dort findet sich auch ein Teil der ausgewerteten Dokumente wiedergegeben.*

*Karl Dietrich Bracher / Wolfgang Sauer / Gerhart Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960, S. 175 ff.*

*Hannes Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf, Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied 1971.*

*Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover 1958.*

*Für wissenschaftliche Leser sei außerdem empfohlen:*

*Henryk Skrzypczak: From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some Strategie and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 13, August 1971, S. 26 ff.*

## Zweihundert Jahre Christiansfeld

Die königliche Concession vom 9. Dezember 1771 gestattete die Errichtung von Christiansfeld, der Herrenhuter-Siedlung in Nordschleswig. Gegründet wurde der Ort im Sommer 1773. Damit ist er jetzt 200 Jahre alt. Vom Alter her bietet sich also nichts Augenfälliges, was eine besondere Erwähnung notwendig erscheinen ließe. Dennoch sind Besonderheiten vorhanden, welche unser Interesse wecken.

Schon die „Topographie des Herzogtums Schleswig“ von Dörfer aus dem Jahre 1829 widmet Christiansfeld eine ganze Seite. Der Ort war damals 56 Jahre alt. Als er 63 Jahre alt war — 1836 — schrieb C. F. Allen in seiner „Geschichte des Königreichs Dänemark“ den folgenden Satz: „Zur Förderung des Fabrikfleißes und der Betriebsamkeit geschah unter Struensee ein wichtiger Schritt durch die Einberufung der mährischen Brüder, welche sich Christiansfeld erbauten und durch ihren Fleiß und ihre Betriebsamkeit den neuen Ort bald zu einem der wichtigsten Fabrikorte Dänemarks machten.“ Bei Hedemann-Heespen findet sich ein Zitat aus jener Zeit über Hadersleben, das wie folgt heißt: „Haderslebens wirtschaftliche Lage war um 1780 so schlecht, weil das neue Christiansfeld mit seinen gewerblich geschulten Deutschen die eigene Nahrung gar verdrängen wollte.“ Und nach etwa einhundertjährigem Bestehen, nämlich 1864, widmete Trap in seiner „Statistik. topographisk Beskrivelse af Hertugdømmet Slesvig“ Christiansfeld bereits zwei volle Seiten.

Nach allem muß sich der Ort von anderen ganz wesentlich unterscheiden. Denn sonst wären die Erwähnungen, die im übrigen fortgesetzt werden könnten, nicht so auffallend. Es scheint also trotz der geringen Größe und trotz des geringen Alters des Ortes doch interessant, den Hintergründen und den Wurzeln nachzuspüren, die die Ursache hierfür abgeben. Dafür muß einiges in die Erinnerung zurückgerufen werden.

Am 17. Juni 1722 wurde dort, wo heute Herrenhut steht, von einem Zimmermann namens Christian David die erste Eiche für den ersten Hausbau der neu zu gründenden Siedlung gefällt. Heute steht an diesem Fleck ein Gedenkstein mit der Inschrift: „Christian David des Herren Knecht geboren den 31. December 1690 zu Senffleben in Mähren, heimgegangen d. 3. Februar 1731 — ein Zimmermann fället den ersten Baum zum Ausbau von Herrenhut den 17. Juni 1722.“

Der Platz gehörte zu dem Gute Berthelsdorf des Grafen Zinzendorf und lag am Fuße des Hutberges. Zinzendorfs Gutinspektor schrieb dazu an den Grafen: „Gott gebe, daß am Hutberge eine Stadt erbauet werde, die nicht nur unter des Herren

Hut steht, sondern auch, daß alle Einwohner auf des Herren Hut stehen, daß Tag und Nacht kein Schweigen bei ihnen sei.“ Daraus entstand der Name des Ortes, als Begriff einmal für Behütete und zum anderen für Hüter, also Wächter. Zinzendorf entstammte einer Familie, die 1661 ihre Stammgüter bei Wien aufgegeben hatte, um als Protestanten nach Franken auszuwandern. Die nachfolgende Generation trat in den sächsischen Staatsdienst ein und kaufte sich in Berthelsdorf bei Zittau in Sachsen an. Zinzendorf selber wuchs im Geist des Pietismus auf, besuchte die Francksche Schule in Halle und studierte dann in Wittenberg die Rechte, um ebenfalls in den Staatsdienst zu gehen. Dort und während einer Kavaliersreise durch Frankreich und die Niederlande kam er zu der Erkenntnis, daß weder der Pietismus noch die orthodoxe Lehre für sich alleine zur rechten Erkenntnis führen könnten. Man müsse vielmehr nicht in den Unterschieden der einzelnen Konfessionen und kirchlichen Traditionen das Letzte sehen. Erst die ökumenische Erkenntnis des Ausgleichs gebe das zu erstrebende Christentum ab. Aus dieser Sicht wurde er dann sehr energisch tätig. Er übte harte Kritik an den Gebrechen der Kirche und der Gesellschaft. Hierzu gab er ein Flugblatt mit dem Namen „Der Dresdner Sokrates“ heraus. Auf der anderen Seite nahm er sich der Protestanten aus Österreich an, die zu jener Zeit verfolgt wurden. Er gab durch eine Art von Untergrundbewegung vielen die Möglichkeit der Flucht. Man wird sich eine Bewegung vorstellen müssen wie zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor dem Mauerbau. Kaiser Karl VI. wandte sich beschwerdeführend an den sächsischen Hof. Die Folge war eine Verbannung des Grafen auf die Dauer von zehn Jahren. Diese Zeit nutzte Zinzendorf für die Verbreitung seiner Lehre über Herrenhut hinaus.

Zunächst muß aber auf die Entwicklung in Herrenhut selber eingegangen werden: Auf dem Konzil zu Konstanz von 1414 ff. wurde Johannes Huß von Kaiser Sigismund das Versprechen des freien Geleites gebrochen, Huß' Lehre verdammt, er selber als Ketzer verbrannt. (Es war im übrigen das gleiche Konzil, auf dem den Schauenburger Grafen das Lehnrecht an Schleswig abgesprochen wurde, das zum mindesten im Wege der Verpfändung bestand.) Die Folge der Hinrichtung des Reformators war ein allgemeines Erwachen des tschechischen Nationalbewußtseins in Böhmen, das zu den verheerenden Hussitenkriegen führte. Noch im September 1415 schlossen 452 „Magnaten, Barone und Herren“ den sogenannten Herrenbund, in dem sie sich verpflichteten, auf ihren Besitzungen nach hussitischen Grundsätzen zu verfahren und sich gegen Maßnahmen gegenseitig zu schützen. Militärisch konnte sich dieser Bund auf die Dauer nicht durchsetzen. Übrig blieb aber die sogenannte „Brüderunität“, die sich bis zur Reformation durch Martin Luther halten konnte und auch durch ihn anerkannt wurde. Diese Brüderunität oder Brüdergemeinschaft wurde fast ständig

verfolgt. Eine dieser Verfolgungswellen gab es wiederum im Anfang des 18. Jahrhunderts, also zu Lebzeiten Zinzendorfs. Er gestattete die Ansiedlung böhmischer und mährischer Flüchtlinge in Herrenhut. Genau wie bei den vertriebenen Hugenotten und Salzburgern befanden sich unter ihnen viele mit ausgezeichneten handwerklichen Fähigkeiten. Es ist allgemein bekannt, daß die aufnehmenden Staaten aus diesem Bevölkerungszuwachs großen Vorteil hatten. Ähnlich ging es in Herrenhut. Es entstanden dort alsbald Manufakturen der verschiedensten Art. Das Schulwesen wurde mehr als anderswo gepflegt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelten sich schnell sehr gesund. Den Nährboden für diese gesamte Entwicklung gab aber stets die besonders beachtete Form des dort gepflegten Christentums ab.

Zinzendorf nutzte die Zeit seiner Verbannung, um den Gedanken der Brüdergemeinde, wie sie jetzt genannt wurde, weiterzutragen, wobei der Kern von Herrenhut allmählich zurücktrat. Er reiste durch Europa, kam 1731 bereits nach Kopenhagen, wo er mit dem Hofe entfernt verschwägert war, und ging von dort nach Westindien. Er betrieb in Nordamerika unter den Indianern und in Mittelamerika unter den Negersklaven Mission für die Brüderbewegung, die nach ihm „die gesamte vielfach gespaltene Kirche umfassen und durch christliche Freundschaftspflege und Vereins- bzw. Gemeindebildung die Gläubigen zum freien Zusammenschluß untereinander anregen will.“ Zinzendorf meint weiter: „Die Gesamtzahl derer, welche diesem Plan sich anschließen, indem sie ihn selbst verwirklichen oder an sich verwirklichen lassen, ist die ‚Brüdergemeinde‘ innerhalb der Religionen, welche selbst nicht Religion ist, sondern vielmehr eine internationale und interkonfessionelle Gemeinschaft christlicher Freunde, welche es als Aufgabe anerkennen, unter alleiniger Anerkennung der Autorität Christi auf religiösem Gebiet durch die Mittel der Verkündigung seines Todes das Verhältnis der Brüdergemeinde zu verwirklichen und dadurch die Einheit der Gemeinde Christi zum Ausdruck zu bringen.“

Mit diesem Zitat ist gleichzeitig Zinzendorfs Lehrmeinung erfaßt. Alles weitere ist lediglich Ausführung seines Grundgedankens. Darauf fußend, gründete er eine Reihe von Brüdergemeinden an verschiedenen Orten des In- und Auslandes. Gegliedert wurden die Gemeinden in sogenannte Chöre, nämlich einen Ehechor, einen Chor der ledigen Brüder, einen Chor für ledige Schwestern, einen für Witwen, für Knaben und Mädchen. Die Chöre lebten jeder für sich. Zum Wirtschaftsleben sagte Zinzendorf: „Sie leben zwar alle in geteilten Gütern, doch so, daß einem des anderen Mangel zustatten kommt, wiewohl sie noch niemals Mangel gehabt.“ Über allem und an allen Orten stand der ökumenische Gedanke, zu dem Zinzendorf meint: „Die Einwohner sollten in beständiger Liebe mit allen Brüdern und Kindern

Gottes in allen Religionen stehen; kein Beurteilen, Zanken oder etwas Ungebührlisches gegen Andersgesinnte vornehmen, wohl aber sich selbst und die evangelische Lauterkeit, Einfachheit und Gnade unter sich selbst zu bewahren suchen.“

Nach den Chören richtete sich die auffällige bauliche Anlage der Gemeinden. Besonders ins Auge fallen die Friedhofsanlagen, die schmucklos und von einer bedrückenden Gleichförmigkeit sind. Die Kirche, hier Kirchensaal oder Beethaus genannt, ist ebenso einfach angelegt. Auch das Innere ist schmucklos, so daß von der Ausstattung her für die Gedanken kein Anlaß zum Abschweifen gegeben ist. Die übrigen Häuser wurden bei den Gründungen größer und fester gebaut, als es sonst damals üblich war. Sie hatten durch die Einteilung der Chöre auch mehr Personen aufzunehmen. So hatte z.B. Christiansfeld in den ersten Jahren des vorigen Jahrhunderts 600 Einwohner, die in 60 Häusern lebten. Zu den besonders großen Gebäuden gehörte ein Gästehaus, da stets Besuch aus anderen Brüdergemeinden zu erwarten war.

Im Königreich Dänemark und in den Herzogtümern stieß die Gründung der Brüdergemeinde zunächst auf Schwierigkeiten. Es herrschte dort ein strenges Kirchenregiment. Andere Religionsgemeinschaften als die lutherische bedurften einer besonderen Erlaubnis für die Religionsausübung. Religionsfreiheit herrschte dagegen in Altona, Friedrichstadt und Glückstadt. Außerdem durften sich in Rendsburg Juden ansiedeln. Hierzu sei aus einem Brief Christians VI. vom 22. März 1735 zitiert: „... die 80 Personen, die auf dem Schiffe waren und aus Sonderburg abgefahren sind, kenne ich sehr wohl. Es sind Schweden und die schlimmsten Separatisten. In Friedrichstadt können sie wohl geduldet werden, weil es dort andere Sekten gibt, die ebenso töricht sind. Nur müssen sie sich ruhig verhalten.“

Wie oben erwähnt, verkehrte Zinzendorf bereits 1731 am dänischen Hof. Es kam aber zu einem Bruch mit Christian VI., weil Zinzendorf sich mit den Pietisten überwarf und der König jede Sektiererei haßte. Bei einem späteren Besuch wurde der Graf von dem König nicht empfangen. Dennoch erreichte er 1736 die Erlaubnis für die Errichtung einer Brüdergemeinde bei Kiel, die jedoch bald wieder aufgegeben werden mußte. Es folgte 1737 die Gründung von „Pilgeruh“ bei Oldesloe. Diese mußte 1741 aufgegeben werden, weil die Brüder den Treueid auf den König nicht leisten wollten. Danach folgten 1744 und 1745 Bestimmungen, nach denen es den mährischen Brüdern verboten wurde, sich in den Landen des Königs niederzulassen und wonach alle, die sich ihnen anschlossen, ihrer zurückgelassenen Mittel verlustig sein sollten. Erst lange nach dem Tode des Königs wurde unter Christian VII. erkannt, daß es sich bei den Brüdern durchweg um tüchtige Handwerker handelte, die der Erhöhung des Volkseinkommens

dienen könnten. Christian VII. ließ 1769 die Gründung einer Brüdergemeinde zu. Man hatte zunächst an die Güter Schimmelmanns bei Wandsbek gedacht. Der Plan zerschlug sich jedoch, zumal Struensee die Angelegenheit in die Hand genommen hatte. Er hatte bereits bestimmte Vorstellungen über Art und Ort der Gründung.

Diese Möglichkeit des Eingreifens Struensees muß in einem größeren Rahmen gesehen werden. Es gab verschiedene Geisteskräfte, die dem vorgearbeitet hatten. Friedrich der Große ging mit seinem aufgeklärten Absolutismus voran, für den sein Zitat gelten soll: „Ich bin der erste Diener meines Staates.“ Es folgte Joseph II. von Österreich mit seinen Reformen, die den Einzelmenschen mehr in den Mittelpunkt der Betrachtung stellten. Etwa um jene Zeit erklärten 13 nordamerikanische Staaten ihre Unabhängigkeit zugleich mit einer Verfassung, die Vorbild für die europäischen Verfassungen werden sollte. In England forderte John Locke die Trennung von Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Montesquieu tat das gleiche in Frankreich. Rousseau forderte die Republik als Staatsform, ebenfalls mit der Aufwertung der Einzelperson. Aus diesen Zusammenhängen heraus muß man erklären, daß es einem Mann wie Struensee gelang, in Dänemark zu einer Machtposition zu kommen, wie sie zu anderen Zeiten und unter anderen großräumig-geistigen Voraussetzungen nicht möglich gewesen wäre. Das Ergebnis war jedenfalls die Zulassung der Herrenhuter Brüdergemeinde in Dänemark und den Herzogtümern.

Es bot sich der Ankauf von Tyrstrupgaard bei Hadersleben an. Dabei handelte es sich um einen ursprünglich adligen Hof, der nach verschiedenen Eigentumswechseln an den Statthalter Geert Rantzau geriet, der ihn 1617 an Christian IV. verkaufte. Der Hof wurde königliche Domäne und sollte jetzt im Zuge des Verkaufs königlicher Domänen veräußert werden, wodurch Struensee Gelder für die öffentliche Hand schaffen wollte. Die mährischen Brüder erhielten einen Vorzugspreis von 1070 RThr. 4 Schilling. Später gelangte weiteres Land im Wege des Kaufs und des Erbganges an die Brüder.

Die Startbedingungen für die Brüdergemeinde wurden ganz ungewöhnlich günstig gehalten. In der Concession vom 9. December 1771, die aus Struensees Feder stammt, heißt es, daß der König den evangelischen Brüdern bei Beachtung der „ungeänderten Augspurgischen Confession“ die Errichtung von Missionen, benötigten Kirchen und anderen Freyheiten gestatte.“ Die Missionsanstalten mit ihren Lehrern und Dienern, die Kirchen- und Schulangelegenheiten sollten unter keiner anderen Inspection und Jurisdiction als unter der Aufsicht ihrer eigenen Bischöfe stehen, „außerdem aber unmittelbar unter Uns und Unserem Cabinetsministerio.“ Lehrer und Prediger sollten die gleichen Rechte haben wie die übrigen. Die Kircheneinrichtung mit allem, was dazugehört, soll nach „ihrer bey

der Brüderunität hergebrachten Verfassung“ zugestanden werden. Eigentum und Erbrecht wurden garantiert. Auffallend scheint: „die Mitglieder besagter Gemeine sollen von aller Soldaten-Einquartirung und Stellung unter der Miliz zu aller Zeit gänzlich befreyet bleiben“. Ein Gasthof und eine Apotheke wurden zugestanden; beide sollen für zehn Jahre, ebenso wie die Einwohner, von allen Steuern frei sein. „Zum Anbau der neuen Häuser wollen Wir, anstatt der Baumaterialien, der Brüdergemeinde auf jedes Haus, das in den ersten Zehn Frey Jahren aufgeföhret wird, von dem Werth des Hauses 10 Procent aus Unserer Kasse allerhuldreichst schenken.“ Schließlich und endlich sollte von den in den Fabriken des Ortes verfertigten Waren und für deren Ausfuhr ein Zoll nicht erhoben werden.

Diese mehr als großzügige Behandlung führte natürlich zu Neid in anderen Orten des Königreichs und der Herzogtümer. Es sei aus vielen Zeugnissen hierfür ein Brief Dyssels herausgegriffen, in dem es u.a. heißt: „Wir müssen eingestehen, daß der ganze Handel merkwürdig ist. Diese Sekte bekommt größere Freiheiten, als irgendjemand anders erhalten konnte ... Wenn Struensee, wie man meint, ihr Förderer gewesen ist, will ich ihrer Anlage keinen so schlechten Ausgang wünschen, wie er ihn erfahren hat; aber ich wünsche ihnen auch keinen allzu großen Fortschritt ...“

Der Ort wurde angelegt wie die früheren Herrenhutersiedlungen auch. Ein Provisorium gab es nicht. Die Häuser wurden geräumig und aus Stein aufgeföhrt. Ihre Lage war nach der Kirche ausgerichtet. Davor befand sich der sogenannte „Platz“ (deutsch und dänisch so genannt), von dem aus wichtige Ereignisse für die Gemeinde bekanntgegeben wurden. Zu den besonderen Gebräuchen gehörte z. B. das Blasen eines je nach Alter und Geschlecht unterschiedlichen Chorals bei dem Tode eines Gemeinemitgliedes, woraus sogleich erkannt werden konnte, um wen es sich bei dem Verschiedenen handelte. Gottesdienst wurde täglich abgehalten. Die Sprache war deutsch. Sie bestimmte sich von Herrenhut her, von wo auch letztlich die Leitung der Gemeinde erfolgte. Der Gebrauch der deutschen Sprache hatte aber zu keiner Zeit einen politischen Hintergrund. Zu den besonderen, von Herrenhut übernommenen Gebräuchen gehört auch die Abfassung eines schriftlichen Lebensberichtes, der bei der Beerdigung der Gemeinde bekanntgegeben wurde. In einem dieser Berichte heißt es, daß ein dänisch geborenes Gemeinemitglied eines Tages einen dänisch gehaltenen Gottesdienst erlebt hatte und dabei erstaunt war, daß man Gottes Wort auch in dieser Sprache verkünden konnte. So sehr waren der Gemeindedienst und der Kirchendienst mit der deutschen Sprache verknüpft, die für viele eine Fremdsprache war. Diese Sprachkenntnisse erleichterten aber auch den Umgang mit den übrigen Brüdergemeinden. Dadurch wiederum kam es zu einem lebhaften Austausch auch von handwerklichen und wirtschaftlichen Erfahrungen. Schon

1780 waren die Einwohner und die Bewohner der näheren Umgebung in den Betrieben des Ortes beschäftigt. Es gab Uhrmacher, Schuhmacher, Handschuhmacher, eine Seifenfabrik, eine Lichtgießerei, Herstellung der bis auf den heutigen Tag berühmten Honigkuchen, Leinen-Baumwollmanufakturen, eine Strumpf-, eine Leder- und eine Lackfabrik. Stärke wurde dort hergestellt, und neben einer Essigbrauerei gab es eine Brauerei für weithin bekanntes Bier. Ein Beispiel für die Fluktuation zwischen den Gemeinden zeigt folgendes: Im Jahre 1750 fand eine aus der Wetterau vertriebene Brüdergemeinde bei dem Grafen von Wied Aufnahme und gründete Neuwiedt. Dorthin kam 1758 aus Herrnhut der aus Schweden stammende Bruder Erich Berg als Fliesenbrenner. Er richtete eine Ofenmanufaktur ein. Sein Schüler wurde Abraham Goll aus Zürich, der den Betrieb nach Bergs Tod weiterführte. 1777 ging Goll nach Christiansfeld, um hier eine Ofensetzerlei mit eigener Kachelherstellung zu gründen, die alsbald großen Erfolg hatte. Nachfolger wurde ein dänischer Bruder aus der Gegend von Hobro, Aastrup. Diesem folgte sein Sohn. Sein Nachfolger wurde Hans Peter Hansen aus Christiansfeld, der das Handwerk seinerseits aber in Neuwiedt erlernt hatte. Dessen Nachfolger wurde der in Paramaribo geborene Missionarsohn Julius Eugen Wünsche, der in Holland aufgewachsen war. Er hatte in Zeist den Ofenbau erlernt. Seine Frau wurde eine Missionarstochter, die auf Grönland geboren war. Er bildete einen Gesellen aus, der nach Zeist ging. Es liegt auf der Hand, daß eine Gesellschaft, deren Mitglieder derartige Verbindungen pflegen, anderen Gemeinschaften überlegen ist. Das zeigt auch die Schulhandhabung. 1860 hatte Christiansfeld 681 Einwohner. Es gab aber sechs männliche und ebenso viele weibliche Lehrkräfte an den beiden vorhandenen Schulen. Diese verdienten sich einen so guten Ruf, daß man sie von weither besuchen ließ.

So heißt es denn auch in einem der oben erwähnten Lebensberichte, daß man sich als Herrnhuter in Christiansfeld den übrigen Menschen überlegen fühlte. Das zeigte sich auch im Äußeren des Ortsbildes. So wurden in Christiansfeld 1856 bereits Rd 106 für Straßenbeleuchtung ausgegeben. Anderenorts wird auf dem Lande diese Einrichtung erst in der Gegenwart eingeführt.

Die geschilderte Entwicklung hatte in Christiansfeld wie in den anderen Brüdergemeinden ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl zur Voraussetzung. Dieses aber konnte sich über so lange Zeit nur deswegen halten, weil Zinzendorf ein „fröhliches Christentum“ gepredigt hatte, das sich in dieser Form auch erhielt und fortsetzte. Jeder der erwähnten Chöre hatte „sein Jahresfest“. Die gesamte Weihnachtszeit wurde von der ganzen Gemeinde gemeinsam gefeiert. Ähnlich wurde es in der Osterzeit gehandhabt. Jedes Gemeindeglied wurde von der Gesamtheit bis zum Tode begleitet. Der von Beginn an gleichförmig gestaltete Gottesacker betonte dann noch nach dem Tode sinnfällig die Gleichheit aller, die zur Brüdergemeinde gehörten.

Die Brüdergemeinde lebt noch heute kräftig in Christiansfeld fort. Einige der alten Bräuche sind freilich erstarrt und dann fortgefallen, so z. B., daß die Ehegatten einander durch das Los fanden. Auch gehören bei weitem nicht mehr alle Bewohner des Ortes der Gemeinde an. Doch ist die ökumenische und damit vermittelnde Idee des Beginns noch lebendig.

---

*Für Dänemark war das Verhältnis zu Deutschland das Problem; für Deutschland war das Verhältnis zu Dänemark eines unter vielen anderen, und die meisten anderen waren schwerwiegender als das deutsch-dänische.*

TROELS FINK

## „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“

*Pädagogisch-didaktische Überlegungen zur modernen Sachkunde am Beispiel der heimatlichen Region*

Es darf als ein besonderes Verdienst der Grenzfriedenshefte gewertet werden, daß die Zeitschrift offen für kontroverse Meinungsäußerungen ist. Nachdem Stellungnahmen zur Geschichtsschreibung über die Landesgeschichte nach 1866 gebracht wurden<sup>1</sup>, begrüßt es der „Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung“, daß in der im Heft 1/1973 erschienenen Besprechung von J. O. über „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“<sup>2</sup> grundsätzliche regionalgeschichtlich-didaktische Fragen angesprochen wurden. Der Arbeitskreis ist dankbar, daß ihm hiermit Gelegenheit gegeben wird, seine Zielsetzung zu verdeutlichen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Richtlinien für die Lehrpläne in Geschichte in allen Schulgattungen heute großen Wandlungen unterworfen sind — gleiches gilt für andere sozialwissenschaftliche Fächer, wie Politische Bildung oder Geographie. Veränderte Zeitumstände, andere Schulformen und neue pädagogisch-psychologische Erkenntnisse fordern eine Revision althergebrachter Lehrpläne, nötigen zur kritischen Analyse traditioneller Unterrichtsstoffe. In dieser Zeit pädagogischer Neubesinnung braucht der Lehrer mehr denn je konkrete Beispiele, klar faßbare „Informationen und Materialien“ (wie es im Untertitel zum Buch „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“ heißt), die zugleich so aufbereitet sind, daß sie als Unterrichtsmodelle praktische Hilfen zur Verwirklichung neuer fachdidaktischer Konzeptionen bieten können.

*Was soll die 1972 erschienene Publikation „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“, obgleich seit 1966 die Publikation „Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt“ vorliegt?*

In dem Buch „Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt“ wurden die letzten Ergebnisse der historischen Primärforschung in einer zusammenfassenden Darstellung vorgelegt. Diese 1966 erschienene Stadtgeschichte ließ einen für die Hand des Lehrers und für den Schulgebrauch gedachten Ergänzungsband sinnvoll erscheinen. Die hierfür erarbeiteten Texte wurden laufend in der Praxis exemplarisch erprobt. Eine Wiederholung aus dem älteren Werk liegt hier also nicht vor. Die bei den meisten Artikeln in „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“ vorzufindenden Verweise auf „Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt“ geben die

Möglichkeit, zu ergänzen und zu vertiefen. Wie der Anmerkungsteil ferner deutlich macht, wurde die seit 1966 neu vorliegende Literatur berücksichtigt, gelegentlich auch neues Quellenmaterial erschlossen. Überschneidungen zwischen beiden Werken bleiben nicht aus, sind auch, da aus anderen Fragestellungen geschrieben wurde, oft nützlich.

*Was soll ein lokalgeschichtliches Werk, wo die „Heimatkunde“ immer mehr verschwindet, die sowieso nur für das vierte Grundschuljahr vorgesehen war? Ist das nicht so etwas wie ein Kämpfen auf verlorenem Posten?*

Die alte Heimatkunde des 3. und 4. Schuljahres, die früher oft als „tragende Mitte des Grundschulunterrichts“ angesehen wurde, verleitete gar zu oft zu einer „oberflächlichen Darstellung von Sachverhalten, die den facheigenen Gesichtspunkten der Unterrichtsthematik nur unvollkommen Rechnung trugen“<sup>3</sup>. Mit einem Konglomerat von Einzelthemen aus natur- und geisteswissenschaftlichen Bereichen bot dieser Unterricht meist ein Sammelsurium enzyklopädischer Stoffvermittlung, die oft nur dazu diente, den „Sprachschatz des Grundschulkindes“ zu erweitern und zu festigen („Jede Heimatkunde = eine Deutschstunde“)<sup>4</sup>. Das vorliegende Buch verzichtet daher bewußt auf den gesamten naturwissenschaftlichen Bereich und möchte stattdessen funktionale fachspezifische historische, politische und sozialwissenschaftliche Zusammenhänge am Beispiel der eigenen Heimat erhellen. Wieweit innerhalb dieses sachkundlichen Gesamtbereiches der Trend weiterhin zum Zurückdrängen des Historischen führen wird (trotz gegenläufiger „nostalgischer“ Modeströmungen), das bleibt abzuwarten. Daß versucht wird, mit unserem Angebot dem Verlust der eigenen Geschichte (und das heißt ja: des eigenen Gedächtnisses) entgegenzuwirken, das ist allerdings richtig.

*Hätte es nicht genügt, das Heft von Christian Voigt „Aus Flensburgs Sage und Geschichte“ neu aufzulegen?*

Eine Neuauflage von Christian Voigts kleinem verdienstvollen Werk „Aus Flensburgs Sage und Geschichte“, Flensburg 1912, wäre mit Recht als rückschrittliches Unternehmen angesehen worden. Heute muß ein Lehrer in der Lage sein, z.B. kritische Fragen der Kinder nach dem Wahrheitsgehalt bzw. dem geschichtlichen Hintergrund von Ortssagen beantworten zu können. Die übrigen Beiträge bei Voigt entsprechen dem national geprägten Bewußtseinsstand einer vergangenen Zeit. Damit soll nichts gegen Voigts 1912 entstandenes Werk und gegen seine damaligen Zeitgenossen gesagt sein. Aber heute denkt man anders, fragt anders und braucht auch sehr viel mehr Informationen.

*Hat es einen Sinn, sich mit Lokalgeschichte zu beschäftigen, wo der Trend im*

*Gegenteil in Richtung auf eine Betonung der neueren technischen und sozialen Entwicklung auf Kosten des Lokalgeschichtlichen geht?*

Ein Gegensatz zwischen technischen und sozialkundlichen Fragen einerseits und der Beschreibung der städtischen Umwelt andererseits liegt dem Denken der Verfasser fern. Die Tatsache, daß die Heimatideologie der zwanziger Jahre den Gegensatz zwischen „heimatlicher Bindung“ und „industrialisierter Bindungslosigkeit“ betonte, darf nicht zum Bewertungskriterium der gegenwärtigen Beschäftigung mit der heimatlichen Umwelt schlechtweg werden. Daß hier gewisse Schwierigkeiten liegen, darauf hat Leppien (S. 26/27) hingewiesen: Landes- und Ortsgeschichte darf eben nicht mehr mit agrarromantischen Augen gesehen werden.

*Ist es sinnvoll, Stoffe zu bieten, die z. T. mit einer Flensburger Stadtgeschichte unmittelbar nichts zu tun haben, sondern Entwicklungen und Zustände schildern, wie sie in der ganzen Bundesrepublik bestehen?*

Unter dem Abschnitt „Gesellschaftskundliche und politische Beiträge“ befinden sich viele Institutionen, die nicht nur in Flensburg zu finden sind — wenngleich Flensburg mehr „originale“ Einrichtungen bietet, als die meisten anderen bundesrepublikanischen Städte ähnlicher Größenordnung. Daß diese Beiträge einen so breiten Raum einnehmen, zeugt wiederum nur davon, daß die Verfasser nicht eine „Heimatkunde“ bodenständiger Einmaligkeit im Sinne Sprangers geben wollten, sondern eine Beschreibung unserer Umwelt, ihres Werdens und Funktionierens.

*Ist es aus didaktischen Gründen besser, die Schilderung unserer bestehenden Einrichtungen mit ihrer Vergangenheit in Flensburg zu konfrontieren oder sie mit ähnlichen anderer Länder zu vergleichen?*

Die lokalgeschichtlichen Rückblicke in diesem Abschnitt sind nicht mit dem Zweck der didaktischen Konfrontation geschrieben worden. Natürlich kann man sie dazu verwenden, aber das wäre ein recht vordergründiges Tun. Sie sind geschrieben worden, um unsere eigenen geschichtlichen Entwicklungsbedingungen aufzuzeigen, die zu der geschilderten gegenwärtigen Institution hinführen. Sie sind, wenn man in der dem Menschen zugänglichen, wenn auch nicht immer geläufigen Dimension der Zeit denkt, vertikal (im Laufe der Zeit) zu verwenden, nicht horizontal (gleichzeitig). Der Vergleich unserer Institutionen mit denen anderer Länder ist, in diesem Sinne gesehen, ein horizontaler. Das eine kann also das andere nicht ersetzen.

Es ist den Verfassern durchaus bewußt, daß die gängige Forderung der „Erziehung der Schüler zur Kritikfähigkeit“ sich im Rahmen der schulischen Arbeit nur schwer mit der Forderung vereinen läßt, auch die Kriterien für die

Kritikfähigkeit zu erarbeiten. Denn dann müßten auch die geschichtlichen Voraussetzungen, die zu dem Anderssein der gleichzeitigen fremden Vergleichsinstitutionen geführt haben, verdeutlicht werden. Das ist aber nicht Sinn und Zweck unserer Darstellung, die nur die besonderen Entwicklungsbedingungen unserer Institutionen schildern und dadurch, wo möglich, unkritischen Meinungen begegnen will. Es ist zu begrüßen, wenn ein Lehrer heimatgeschichtlich engagiert ist. An sich braucht er aber, wenn er überhaupt Sachkunde am hiesigen anschaulichen Objekt treiben will, nur schlechtweg „offen für die Dimension der Zeit“, also für eine genetische Betrachtungsweise zu sein, um Interesse für die geschichtlichen Rückblicke zu gewinnen.

*Beansprucht die Frage, wieweit man versucht hat, die Grenzfrage objektiv zu behandeln, zentrales Interesse?*

Es ist verständlich, daß ältere hiesige Leser die Behandlung der Minderheitenprobleme interessant finden und aus diesem Interesse heraus werten. Bei den Verfassern bestand ein solches Interesse nur im Verhältnis zur jeweiligen Relevanz der Strömungen oder Ereignisse in unserem Grenzland, die ja durchaus nicht immer von der Grenzproblematik geprägt waren — auch nicht in den letzten hundert Jahren. Es ist verständlich, wenn man auf Grund der Lektüre der einschlägigen Abschnitte sich darüber freut, daß das deutsch-dänische Verhältnis sich nach den vielen Auseinandersetzungen entspannt hat. Aber man darf in der Vermittlung dieser Erkenntnis nicht den Hauptzweck des Buches sehen. Die Verfasser wissen genau, daß die Frage deutsch-dänisch im Grenzland nicht mehr im Brennpunkt des Interesses steht. Sie wissen es nicht nur, sie akzeptieren diese Entwicklung. Auch für sie gibt es Dinge, die wichtiger sind als die Grenzfrage. Es ist nicht damit zu rechnen, daß jüngere Leser und Lehrkräfte anders denken. Das Bemühen der Autoren nach Objektivität galt daher allen Abschnitten in gleicher Weise. Sie sind sich dabei der Problematik des Begriffes „Objektivität in der Geschichtsschreibung“ bewußt.

*Welche Aufgabe hat die moderne Schulgeographie im Konzept einer solchen sachkundlichen Darstellung zu erfüllen?*

Der erdkundlich orientierte Heimatkundeunterricht alter Prägung erhielt seine Zielsetzung von der Länderkunde als Inbegriff geographischer Forschung und Lehre. Wie in den oberen Klassen, so wurde auch in der Grundschule bereits ein streng nach einzelnen Landschaftszonen gegliedertes „Heimatland“ im Schulbuch und Heimatatlas präsentiert. Entsprechend der Bildungslage der Schüler und infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mußte dieses heimatkundliche Landschaftsgefüge in ein sehr vereinfachtes Schema gepreßt werden;

topographische Übersichten, Kartenlesen und Kartenzeichnen waren oft das Fazit des gesamten Unterrichts.<sup>5</sup>

Mit diesem Primat landeskundlicher Karteninterpretationen und eines in konzentrischen Kreisen vom räumlich Nahen zum Fernen fortschreitenden Heimatkunde- und Erdkundeunterrichts haben die neuen Richtlinien in allen Bundesländern mit Recht gebrochen. Diese pädagogische Zäsur ist allerdings so einschneidend, daß man (auch in nächster Zukunft) kaum überall mit voll ausgereiften neuen Stoffverteilungsplänen rechnen kann und darf. Hier stellt sich daher eine besondere Aufgabe für die Schulgeographie. — Der heutige lernzielorientierte Unterricht im sozialkundlichen Bereich erfordert in allen Schulstufen ein klares Bekenntnis zur gesellschaftlichen Relevanz des Unterrichtsstoffes, zur Darstellung in exemplarischen — transferwürdigen — Leitlinien. Im Sachunterricht der Grundschule heißt dies — ebenso wie für alle weiterführenden Klassen —:

*beispielhaft am Objekt der räumlichen nahen (und erfahrbaren) Umwelt Grunddaseinsfunktionen des menschlichen Lebens aufzeigen, wie Menschen wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich bilden, Erholung brauchen, am Verkehr teilnehmen, verwaltet werden.*

In mehreren Bundesländern wurden nach diesen Grundsätzen bereits verbindliche Richtlinien für die Stoffgebiete der Grundschule und Sekundarstufe erarbeitet. Hierbei leistet wie kaum eine andere Disziplin die Sozialgeographie große Hilfe, die die Erforschung der genannten Grunddaseinsfunktionen in ihrem räumlichen Prozeßablauf zum Gegenstand empirischer Untersuchungen macht. Dies wurde nun auch am Beispiel der Stadt Flensburg in mehreren Abschnitten des Buches „Flensburg in Geschichte und Gegenwart“ dargelegt. So wird u. a. am Anfang die räumliche Differenzierung neuer Stadtviertel aufgezeigt (Kapitel I A 13) und die Grunddaseinsfunktion „Wohnen“ erhellt — an einem Beispiel, das sich bewußt nicht nur auf „geschichtsträchtige städtische Gebiete“ erstreckt und dennoch den wichtigen Transfer zu anderen Städten (bei der unterrichtlichen Behandlung in weiterführenden Klassen) ermöglicht. — Gleiches gilt für den Abschnitt I A 14, der Funktionszusammenhänge der Stadt mit ihrem Umland beleuchtet, d.h. die Frage der Versorgung und die Daseinsfunktion „Arbeiten“ aufgreift (mit Einschluß der Pendelwanderung und der damit verknüpften Verkehrsprobleme). Daneben wird in Kap. II B 72 die „Reichweite“ der Stadt im dänischen Nachbarstaat erhellt.

Es versteht sich von selbst, daß diese vorgelegten Quellen- und Materialsammlungen in der Grundschule zunächst in überschaubarer, der Altersstufe angemessener Form präsentiert werden müssen (z.B. Einzugsgebiet der Schule, Wohn- und Arbeitsort des Vaters, Beobachtungen am Grenzübergang

beim „dänischen Einkaufstag“, unterschiedliche Wohngebäude in der Nachkriegssiedlung Fruerlund gegenüber der „vornehmen alten Weststadt“ u. ä.). Später wird man zu komplizierten Themenkreisen übergehen. — Entscheidend bleibt jedoch der fachbezogene Ansatz des hier skizzierten „Grundschulthemas“, das zugleich auch in abgewandelter Form in allen Klassen wieder aufzugreifen ist — bis hin zur Oberprima! So wird wohl niemand bestreiten wollen, daß z.B. gerade das Stoffgebiet „Umlandverflechtungen Flensburgs“ ein solch aufschlußreiches Thema ist, das wie kaum ein anderes geeignet ist, „gesellschaftsrelevante“ und „kommunalpolitische“ Probleme aufzuhellen, die hervorragend geeignet sind, im Schüler ein Verständnis für politische Verhaltensformen zu entwickeln. — Schließlich bietet die Quellenuntersuchung „Zu- und Abwanderung in Flensburg“ (Kap. III 4), bei der die Bedeutung der Garnison für die Bevölkerungsveränderungen herausgestellt wird, u. a. auch die stofflichen Grundlagen, sich ggf. auch einmal konkret mit den Fragen der Militärstandorte in Flensburg zu befassen und die Bedeutung der Bundeswehr auch einmal „kommunalwirtschaftlich“ zu durchleuchten.

Es ist Interessenten, die Fragen in der obenerwähnten Art stellen, kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie z.B. an diesen Kapiteln vorbeigegangen sind und auch nicht zur Kenntnis nahmen, daß dem Buch ein Atlas folgen wird, auf dessen sozialgeographisch ausgerichtete thematische Karten bereits im Text (bei den betreffenden Kapiteln) verwiesen wird. Es fehlt dann wohl die Kenntnis neuester fachwissenschaftlicher Quellen und das Vertrautsein mit jenen neuen fachdidaktischen Grundlagen, die heute in allen Richtlinien der Bundesrepublik den Sachunterricht der Grundschule stützen. — Ihre Grundschule steht eben noch in der sog. „heilen Welt“ einer alten Stadt, in der man nach eigener Erinnerung alte Straßennamen erklärt und Sagen erzählt. Wir schulden diesen alten Lehrern großen Dank für ihr heimatkundliches Engagement, — ob sie allerdings den Ansatz finden, u. a. auch die heute anstehenden Fragen der Gebietsreform dem heranwachsenden Kinde nahezubringen, ist zu bezweifeln ... Und hier kann man allerdings den Herausgebern der Grenzfriedenshefte einen kleinen Vorwurf nicht ersparen, da es sicher nicht ihre Absicht war, Ideen, die den gesellschaftsrelevanten Bezug zur Umweltregion weitgehend vermissen lassen, zur Diskussionsbasis des besprochenen Buches zu machen! Es sei ihnen jedoch nochmals gedankt für den von ihnen ermöglichten Schritt zur pädagogisch-fachdidaktischen Diskussion über den historisch-politisch-sozialkundlich-geographischen Sachunterricht in der Grundschule und in allen weiterführenden Schulstufen überhaupt, die hoffentlich mit diesem Beitrag nicht beendet sein möge.

*Für den Arbeitskreis: Schütt/Vaagt/Weigand*

\*

*Im Vorstehenden sehe ich keinen Widerspruch zu dem sachlichen Inhalt meiner Besprechung im vorigen Heft, S. 54 f. Ich glaubte jedoch, einer Zeitschrift, die nicht nur von Pädagogen gelesen wird, so umfangreiche Ausführungen nicht zumuten zu können; es blieb deshalb manches unerwähnt oder nur angedeutet, und das mag zu einigen Mißverständnissen geführt haben. Mein Wunsch nach einem guten Erfolg des Buches bleibt bestehen.*

*J.O.*

- 1 Jörn-Peter Leppien „Schleswig-Holsteinische Geschichte seit 1866“ in Grenzfriedensheft 4/1972, S. 195 f. und 1/1973, S. 24; vgl. auch Kurt Jürgensen „Gedanken zu Wilhelm Klüvers Buch ...“ in „Die Heimat“ 1/1973, S. 7 f.
- 2 Grenzfriedensheft 1/1973, S. 54 f.
- 3 Aus dem Kapitel „Sachunterricht“ in „Hinweise und Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule“, hrsg. vom Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, Hirt Verlag 1971, S. 33.
- 4 Vgl. dazu die Lehrbücher von R. Karnick „Zur Theorie des Unterrichts im 3. und 4. Schuljahr. Beiträge für den Schulunterricht im 3. Schuljahr, 1. und 2. Teilband“, Beltz Verlag 1964.
- 5 Vgl. z. B. die Vielzahl der sog. „topographischen Blind- und Merkkarten“ in dem (auch heute noch in Schleswig-Holstein weitverbreiteten) „Heimatkundlichen Arbeitsbuch für die Grundschule“ aus dem Matthiesen Verlag, das allein für die Unterrichtseinheit „Mittelholstein“ in einer Merkkarte 68 topographische Daten fordert!

### Die Mitgliederversammlung 1973 des Grenzfriedensbundes

Die Mitgliederversammlung 1973 des Grenzfriedensbundes wurde am 12. Mai in dem nun schon traditionellen Rahmen im Handwerkerhaus in Husum abgehalten. Auch diesmal konnte Dr. Johannsen als Vorsitzender wieder viele Gäste und Mitglieder in großer Zahl – an die zweihundert – herzlich willkommen heißen; wie auch in Grußworten der Gäste die Verbundenheit mit dem Grenzfriedensbund und die Anerkennung seiner Arbeit zum Ausdruck kam.

In seinem Rechenschaftsbericht über die Arbeit des abgelaufenen Jahres sagte Dr. Johannsen anschließend folgendes:

Vor einem Jahr stellten wir die Frage nach dem Woher in Wohin des Grenzfriedensbundes. Es ist interessant festzustellen, daß auch auf der anderen Seite der Grenze solche Fragen auftauchen. Der neue Vorsitzende der „Grænseforeningen“ Minister a. D. Arne Fog Petersen spricht von der bleibenden Bedeutung des nationalen Faktors in der modernen Gesellschaft, daher berühre die EG-Mitgliedschaft Dänemarks das Fundamentale der Grenzlandsituation kaum. Grænseforeningen müsse weiterhin praktisch und moralisch die dänische Aktivität im Grenzland unterstützen. Praktisch sei das mit Geld zu machen, moralisch sei die Aufgabe schwieriger zu lösen, zumal sich in Vereinen ideell und auch organisatorisch ein Wandel vollziehe. Arne F. Petersen fährt fort:

„Deshalb müssen wir uns fragen, ob wir den Grenzverein weiter als Mitgliederorganisation ausbauen oder uns mehr auf eine allgemeine Informationstätigkeit verlegen wollen. Die Kenntnis der Grenzlandverhältnisse ist erschütternd gering, was vielleicht nicht verwunderlich ist, wenn man die spärlichen Angaben in den verschiedensten Schulbüchern liest. Leider bedeutet die sonst erfreuliche Entspannung im Grenzland ja auch, daß der Grenzlandstoff in Presse, Radio und Fernsehen nicht mehr das notwendige Interesse findet. Ich glaube, daß wir dänischerseits auf beiden Seiten der Grenze an einem effektiven Informationsdienst interessiert sein müssen, der nicht nur die Tagespresse, Radio und Fernsehen erreicht, sondern auch Bildungs- und Informationsstätten, Schulen und andere Gruppen der Gesellschaft.“

Dem können auch wir zustimmen; desgleichen glaube ich, daß die im Deutschen Grenzausschuß vereinigten vier Grenzverbände zu ähnlichen Überlegungen gekommen sind. In den Gesprächen des Grenzausschusses mit dem Herrn Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr wurde betont, daß die deutschen Grenzverbände in freier Initiative praktische Aufgaben mitbürgerlicher Art in der Gesellschaft auch in Zukunft zu lösen hätten. Aufgaben, die im Interesse des

Staates liegen und zugleich des Grenzlandes – und Kontaktaufgaben über die Grenze – sowohl zur deutschen Volksgruppe als auch zum Nachbarvolk beinhalten.

Wir werden uns also im Grenzfriedensbund immer wieder die Akzente, die wir unserer Arbeit geben wollen, zu überlegen haben. Wir werden weiterhin da, wo es wirklich nötig ist, Sozialarbeit – und verstärkte Informationsarbeiten leisten. Denn der Kern unserer Arbeit ist eine kulturpolitische Tätigkeit, durch die nationale und allgemein menschliche Werte transparent werden. Zu den Voraussetzungen des Gelingens gehört, das Sich-immer-besser-Kennenlernen. Die Zeit der Spannung ist vorbei, die Entspannung will aber begründet werden und bleiben. Wir stehen vor einer Phase des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit im Grenzlande. Das bedeutet die Möglichkeit von Reibungsflächen und besserem Verstehen zugleich. Die nach unserer Auffassung positive EG-Abstimmung vom Oktober 1972 in Dänemark hat alle Chancen, ein historisches Datum zu werden. Im vorigen Jahrhundert ging man für die nationale Idee in den Krieg, in diesem Jahrhundert wird jeder einzelne sie aus dem Geiste der Toleranz im Alltag zu leben haben. Auch das ist eine Aufgabe, zu deren Lösung Fleiß, Mut und Stil gehören. Der Grenzfriedensbund möchte dabei sein, er möchte dazu beitragen, Gedanken nicht nur auszulösen, sondern auch zu verwirklichen, die den Realitäten von morgen gerecht werden.

Mit diesen Ausführungen ergänzte Dr. Johannsen den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht, den anschließend unser Geschäftsführer Ernst Harms mündlich erläuterte. Beide Berichte wurden von der Mitgliederversammlung ohne Aussprache gutgeheißen und auf Antrag der Revisoren ebenso Entlastung erteilt.

Nach der Satzung war in diesem Jahre der Vorstand neu zu wählen. Aus Altersgründen wünschte unser langjähriger Geschäftsführer Ernst Harms als Vorstandsmitglied nicht wiedergewählt zu werden. Er erklärte aber seine Bereitschaft, die Arbeit der Geschäftsstelle weiterzuführen. Auch Franz Osterroth, wie Ernst Harms zu den Gründern des Grenzfriedensbundes gehörend, hatte den Wunsch, aus dem Vostande auszuscheiden. Die anderen Vorstandsmitglieder erklärten ihre Bereitschaft zur Wiederwahl, die daraufhin einstimmig erfolgte. An Stelle der Ausscheidenden wurden als Beisitzer im Vorstand neu hinzugewählt Rektor Artur Thomsen, der gegenwärtige Stadtpräsident in Flensburg, und der Vermessungstechniker Helmuth Wrensch, Tönning, Vorsitzender der Arbeiter-Wohlfahrt dortselbst.

Mit dem Ausscheiden von Franz Osterroth wird in Zukunft ein „Mann der ersten Stunde“ im Vorstand fehlen, dessen guter Rat und abgewogenes Urteil bei seinen Beratungen ein großes Gewicht hatten, während Ernst Harms wenigstens die Geschäftsführung beibehält.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils der Tagesordnung sprach Rolf Heinrich Wecken in amüsanter Weise über „Das NDR-Studio Flensburg und seine Aufgabe an der Grenze“, und Ernst Beier legte seine Gedanken zum „Versuch einer Standortbestimmung für die Grenzfriedenshefte dar (s. dazu S. 71 in diesem Heft). Mit einem gemeinsamen Mittagessen schloß auch in diesem Jahre die wohlgelungene Mitgliederversammlung ab.

Der neue Vorstand des Grenzfriedensbundes setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Hans Peter Johansen, 1. Vors.; Ernst Beier, 2. Vors.; Beisitzer: Heinz Adler, Wilhelm Käber, Martha Iwersen, Heinz Schlüter, Gerhard Schulz, Artur Thomsen (Neuwahl), Helmut Wrensch (Neuwahl).

Dr. HANS PETER JOHANNSEN konnte am 22. Juni seinen 65. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlaß hatten sich zahlreiche Gäste aus seinem weiten Lebens- und Arbeitskreise in seinem Hause eingefunden, um ihm ihre Glückwünsche zu überbringen. Auch der Grenzfriedensbund gratulierte seinem 1. Vorsitzenden. Am 30. Juni wird er offiziell als Direktor der Stadtbücherei Flensburg verabschiedet und scheidet damit aus seinem beruflichen Arbeitskreise aus. – HARRO MARQUARSEN, der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschiewiger, der aus seinem Amte auszuschneiden wünschte, führt dieses für dieses Jahr weiter, um die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten, da RUDOLF STEHR als Generalsekretär des Bundes mit dem Jahresende ausscheidet. Zu seinem Nachfolger wurde jetzt schon PETER IWER JOHANNSEN, der Sohn unseres 1. Vorsitzenden, gewählt. – Auch in der Volkshochschule Tingleff ist mit dem Ausscheiden von Dr. PAUL KOOPMANN ein Generationswechsel vor sich gegangen. Sein Nachfolger wurde HORST JACOBSEN (s. dazu in diesem Heft S. ).